Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kressin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 60. — Halle, Dienstag den 12. März 1918. — 2. Jahrgang.

Kriegs- und Friedensfragen.

Wie der Pariser Matin offiziös mitteilt, hat die Entente eine Kundgebung erlassen, in der erklärt wird, man erkenne den Brest-Litowsker Friedensvertrag nicht an und widersetze sich der Zerstückelung Rußlands. Zur Durchführung dieser Politik wird die Hilfe Japans in Anspruch genommen. Als militärisches Ziel des japanischen Eingreifens wird geltend gemacht, die Folgen des Durchbruchs der Blockade sollen gemildert, der Feind an der Besetzung der sibirischen Eisenbahnen und an der Wegnahme der großen Rohstoffvorräte gehindert werden.

Die Lenin-Regierung gestürzt?

Die Wiener Mittagszeitung meldet: Londoner Privatinformationen behaupten, daß die Leninregierung bereits gestürzt und in Moskau die Herrschaft der Konstituante ausgerufen sei. Auch Petersburg habe Lenin völlig fallen gelassen. Eine außerordentliche Sowjets-Versammlung werde sich in Moskau zusammenfinden und zunächst Beschlüsse über die Friedensfrage fassen, die eine tiefe Spaltung in Rußland hervorgerufen habe. Die Sozialrevolutionäre unter Tschernow seien momentan die populärste Partei. Die Entente stehe hinter der neuen Umsturzbewegung, die sie mit allen, besonders finanziellen Mitteln, unterstütze. — Eine Bestätigung dieser Meldung fehlt noch.

Der Temps meldet aus Stockholm: Nach den aus Rußland eingetroffenen Nachrichten löst sich die Macht der Bolschewiki rasch auf. Der Sowjetkongreß, der am 12. März zusammentritt, wird wahrscheinlich keine große Mehrheit für das jetzige Volkskommissariat bringen. Man erklärt aber, der Kongreß werde den Friedensvertrag ratifizieren.

Der Warschauer Kurjer Warszawski schreibt über Anarchie in Petersburg: Die Situation hat sich immer mehr verschlimmert. Die größten Optimisten haben begriffen, daß es keinen Ausweg mehr gibt. Die Arbeitslosigkeit steigert sich nach dem sozialrevolutionären Putsch so hoch, daß täglich bis 260 000 Arbeiter in den Straßen Petersburgs herumirren und nach Arbeit suchen. Ein Teil dieser Arbeiter begibt sich in die Provinz; ein Teil bleibt in der Stadt und bildet ein immer stärker werdendes Element der Anarchie, das nur auf den Augenblick wartet, um zu explodieren. Es wurden wieder drei Zeitungen verboten.

•

Die deutschen Operationen auf Aland

haben begonnen. Die Deutschen haben die Reichskriegsflagge auf dem Zollamt Ekerö gehißt. In einem Aufruf erklärten sie, daß sie als Freunde und Verbündete kämen, um die Rote Garde zu bekämpfen. Es fänden zwischen dem deutschen und schwedischen Kommandanten Besprechungen statt. Die Deutschen fordern Aland und Lemland zu Etappenstationen für die Expedition nach Finnland, die Schweden fordern die Insel Aland, welche sie besetzt halten wollen.

Aus Stockholm wird gemeldet: In der gestrigen Sitzung des schwedischen Staatsrates wurde das Abschiedsgesuch von 40 schwedischen Offizieren, die in das schweizerische Heer eintreten wollen, abgeschlagen. Man erwartet heute die Bekanntgabe einer Erklärung der Regierung in der Alandsfrage, welche die Zurückziehung der schwedischen Expeditionstruppen von der Inselgruppe anordnet und begründet.

•

Der finnische Ministerpräsident Per Edvind Svinhusvud ist nach einer abenteuerlichen Flucht aus der Gefangenschaft der Roten Garde gestern in Berlin eingetroffen. Ueber die Flucht erfährt die Vossische Zeitung: Es war ihm mit acht anderen Herren gelungen, den Roten Garden zu entkommen. Sie versteckten sich auf einem Schiff. Als sich dies auf offener See befand, verließen sie ihr Versteck, überwältigten die Besatzung und zwangen sie, den Kurs nach Reval einzuschlagen, wo sie glücklich eintrafen und von dort nach Berlin reisten.

Nach einer Meldung aus Stockholm, soll in finnischen Regierungskreisen die ernsthafte Absicht bestehen, von Norwegen die Abtretung des Beckens des Flusses Paats-Joki bis zum nördlichen Eismeer zu verlangen. Die Mündung des Flusses ist in eisfreier Gegend; Finnland beabsichtigt, dort einen Hafen anzulegen, der eine Bahnverbindung mit dem Innern des Landes erhalten soll.

Die Getreidelieferung der Ukraine.

Die Art der Verteilung der aus der Ukraine zu erwartenden Getreidevorräte zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist nunmehr dahin festgesetzt, daß bis zum 31. Juli Deutschland und Oesterreich-Ungarn gleichviel erhalten, und zwar wird in der ersten Hälfte dieses Abschnittes Oesterreich-Ungarn doppelt so viel beziehen wie Deutschland, während danach bis zum 31. Juli die Verteilung umgekehrt erfolgt, so daß also dann Deutschland die doppelte Menge erhält.

Wie die Vossische Zeitung hört, hat sich die Ukraine verpflichtet, bis Ende April an die Zentralmächte ein Quantum von 6 Millionen Zentnern Brot- und Futtergetreide, 400 000 Zentner Gefrierfleisch und 200 000 Zentner Dörrobst zu liefern; als Kompensation erhält sie landwirtschaftliche Maschinen, chemische und medizinische Produkte. Bei alledem darf aber nicht vergessen werden, daß mit großen Verkehrsschwierigkeiten zu rechnen ist, so daß die Lieferungen erst nach einigen Monaten sich bei uns geltend machen können.

Zur Lage in Finnland.

Von Eduard David.

Ueber die Verhältnisse in Finnland werden Mitteilungen verbreitet, die auf eine grobe Irreführung der öffentlichen Meinung hinauslaufen. So wird in einem Artikel der Nordd. Allg. Ztg. über die beiden in Finnland um die Herrschaft ringenden Regierungen behauptet, die weiße Regierung sei „von dem ganzen Landtag rechtmäßig eingesetzt". Von der Gegenregierung wird erzählt: „Als die Revolution durch die maximalistischen Machenschaften in Finnland angezettelt wurde, hat sich eine Nebenregierung von russischen Sozialisten eingefunden. Sie konnte sich auf keine andere Autorität stützen, als auf die Bajonette der roten Garde und sie gerät, wie es scheint, ins Wanken." Diese Behauptung steht mit den wirklichen Tatsachen im schroffsten Widerspruch. In Wahrheit war schon seit Einführung der neuen Verfassung im Jahre 1906 die Partei, aus der diese angebliche „Nebenregierung von russischen Sozialisten" hervorgegangen ist, die stärkste im finnischen Landtag. Es ist die finnische Sozialdemokratie, die außer den städtischen Arbeitern die Masse der Häusler und Kleinbauern hinter sich hat. Daraus erklärt sich ihre Stellung und ihre Stärke. Diese Partei hat denn auch nach Ausbruch der russischen Revolution im März v. J. die Regierung in Finnland innegehabt und der sozialdemokratische Bauernführer Kosloi hat als finnischer Ministerpräsident zuerst die finnische Unabhängigkeit proklamiert. Das brachte ihn in Konflikt mit der damaligen Petersburger Regierung Kerenskis, die den finnischen Landtag gewaltsam auflöste und eine Neuwahl anordnete, die eine kleine Mehrheit der bürgerlichen Parteien in den Landtag brachte. Die Sozialdemokratie erkannte die Rechtmäßigkeit dieser durch russischen Eingriff erzwungenen Landtagsauflösung und Neuwahl nicht an und hielt in der Ueberzeugung, daß die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor hinter ihr stünde, in ihrem Recht auf die Regierung fest.

Die Behauptung, die rote Regierung sei von Rußland importiert und setze sich aus russischen Sozialisten zusammen, ist also eine frei erfundene Fabel. Wenn im Anschluß daran von der Nordd. Allg. Ztg. behauptet wird, diese Regierung „stütze sich nur auf die Bajonette der roten Garde", so will das Blatt damit bei ununterrichteten Lesern wohl den Glauben erwecken, diese roten Garden seien russische Bolschewisten. In Wahrheit sind es die finnischen Arbeiter und Bauern, die mit der russischen roten Garde nur den Namen gemein haben. Daß es sich hier um die breite Masse des finnischen Volkes handelt, wird am besten dadurch bewiesen, daß die rote Partei in dem größten Teil des Landes sich bis jetzt entschieden als die stärkere erwiesen hat.

In einer Unterredung mit einem Berichterstatter des 8-Uhr-Abendblattes versucht ein Vertreter der weißen Regierung, der zur Zeit in Berlin weilende Staatsrat Dr. Hjelt, in gleicher Weise dem deutschen Publikum eine falsche Meinung beizubringen, offenbar in der Absicht, ein einseitiges Eingreifen zugunsten seiner Partei zu rechtfertigen. Er behauptet, hinter der roten Regierung stünde nur „eine geringe Minorität" der finnischen Arbeiter, „einige tausend" Bösewichte, die im Lande ihr Räuberunwesen trieben. Wäre dem so, so müßte es doch der weißen Regierung ein Kinderspiel sein, mit dieser kleinen Minderheit fertig zu werden. Das Gegenteil ist richtig. Die weiße Regierung ist eine Minderheitsregierung, die, weil sie im Lande selbst die Mehrheit der Bevölkerung gegen sich hat, sich nicht durchzusetzen vermag und darum nach Hilfe von außen schreit.

Was den Versuch angeht, die Regierung der finnischen Arbeiter und Bauern als eine Mörderbande einzustellen, die alle erdenklichen Scheußlichkeiten verübe, so sei darauf hingewiesen, daß es General Mannerheim, der Führer der weißen Garde war, der die Praxis der brutalen Exekution seiner gefangenen Gegner einführte. Neuerdings ist es der Vermittelung schwedischer Sozialisten unter Führung des Stockholmer Bürgermeisters Dr. Lindhagen, gelungen, Abmachungen zwischen den kämpfenden Parteien zustande zu bringen, wonach beide Teile eine anständige Behandlung der Gefangenen gewährleisten. Die Rote Regierung, die genau denselben politischen Charakter hat wie die deutscherseits anerkannte Regierung der Ukraine, tritt ihrerseits gegen jede verbrecherische Ausschreitung aus ihren Reihen entschlossen auf. Sie hat eine Kommission eingesetzt, die nach dem Bericht Lindhagens aus Helsingfors mit der besonderen Aufgabe betraut ist, „alle Fälle von Gewalttätigkeiten, die von Anarchisten oder einzelnen roten Gardisten, die auf eigene Faust vorgingen, begangen sind, zu untersuchen. Diese Kommission habe alle Täter der in den letzten Tagen an verschiedenen Orten begangenen Totschläge verfolgen lassen und ihre Verhaftung angeordnet".

Auch die Entfernung russischer Truppen aus Finnland nimmt ihren raschen Fortgang. Wird in dieser Weise gemäß dem Friedensschluß mit Rußland Finnland von russischen Truppen befreit, was nur eine Frage weniger Tage ist, so ist der Kampf in Finnland zu einer rein inneren Angelegenheit des finnischen Volkes geworden. Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit wie der politischen Klugheit, das anzuerkennen und daraus die nötigen praktischen Konsequenzen zu ziehen. Jede einseitige Parteinahme, jedes gewaltsame Eingreifen von außen ist zu verurteilen. Wer dem finnischen Volke wohl will, wird versuchen, zwischen den streitenden Parteien eine Verständigung herbeizuführen. Dieser Versuch ist von dem skandinavischen interparlamentarischen Komitee, dem Mitglieder aller Parteien Dänemarks, Norwegens und Schwedens angehören, bereits eingeleitet worden. Auch von deutscher Seite sollte in diesem Sinne gewirkt werden. Das ist der einzige Weg, die gegenwärtigen und die künftigen Interessen des deutschen Volkes zu wahren und die Grundlage für dauernde gute Beziehungen zu der Masse des finnischen Volkes zu legen.

Die Hoffnung der Demokratie.

Der zwischen Rußland und den Mittelmächten abgeschlossene Friedensvertrag ist, wie hier wiederholt ausgeführt worden ist, nicht nach dem Geschmacke der Sozialdemokratie und läßt sich mit der Friedensresolution vom 19. Juli nicht vereinbaren. Der Reichstag wird bei seinem Wiederzusammentritt über Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrages zu entscheiden haben. Daß ihn die bürgerlichen Parteien annehmen werden, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Es handelt sich also nur um die Stellung der Sozialdemokratie. Gestern ist an dieser Stelle gesagt worden, daß es vielleicht das Richtigste wäre, wenn die Partei sich bei der Abstimmung der Stimme enthalte. In der Parteipresse mehren sich die Stimmen, die die Ablehnung des Vertrages fordern. So hat nicht nur Hermann Wendel die Ablehnung gefordert, sondern in der Münchner Post auch Paul Kampmeyer. Friedrich Stampfer ist dagegen in seiner Korrespondenz der Meinung, daß der russische Friedensvertrag zwar ein Gewaltvertrag ist, daß aber doch schwerwiegende Gründe für seine Annahme sprechen. „Denn einen Friedensvertrag als solchen ablehnen, hieße doch verlangen, daß kein Friede geschlossen, sondern weiter Krieg geführt wird. Und da die Entente ohnehin noch Krieg führt, würde die Ablehnung des Vertrages eine Ermunterung an die Entente bedeuten, den Krieg fortzusetzen mit dem Ziele, den Friedensvertrag in Brest-Litowsk wieder umzustoßen." Das könne, meint Stampfer, nicht unsere Absicht sein.

Man kann dem Vertrage auch Seiten abgewinnen, die ihm in ganz anderen Lichte erscheinen lassen. Wir haben hier wiederholt ausgeführt — namentlich als die russischen Verhandlungen zu scheitern drohten —, daß es sich für Rußland und die Revolution darum handeln müsse, unter allen Umständen zum Frieden zu kommen, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern, weil die Fortsetzung des Krieges nur der Gegenrevolution die Wege ebnen würde. Diese Anschauung hat schließlich auch in Rußland gesiegt und führte zum Bruche zwischen Lenin und Trotzki. Die einfache Erklärung der Beendigung des Kriegszustandes durch Trotzki ist, was hier näher ausgeführt wurde, unhaltbar, und hat ja auch nur zur Fortsetzung des Krieges und schließlich zu dem Frieden von Brest-Litowsk geführt, der ungünstiger ist, als die Vorschläge der Mittelmächte, die Trotzki ablehnte. Trotzki war mit der Art, wie die Mittelmächte das Selbstbestimmungsrecht auslegten, nicht einverstanden. Heute wird niemand bestreiten wollen, daß es besser gewesen wäre, wenn Trotzki die früheren Bedingungen angenommen hätte. Dann mußten die Mittelmächte eine Entscheidung der Völker herbeiführen; heute ist das fraglich. Trotzki hätte sich — da er grundsätzlich nicht gegen die Abtretung der Grenzländer war — sagen müssen, daß, wenn er nicht alles erreichen konnte, die Sache doch so günstig wie möglich zu gestalten suchen mußte. Selbst Eduard Bernstein hat den Unabhängigen bewiesen, daß die Bolschewiki an der Entwicklung der Dinge keineswegs unschuldig sind. Sie hätten, sagt er, ihre Agitation darauf eingestellt gehabt, das Heer zu demoralisieren und einen sofortigen Frieden zu fordern. Damit hätten sie einen demokratischen Frieden unmöglich gemacht, denn „bei Verhandlungen im Kriege hat nicht die Dialektik des Geistes, sondern die Dialektik der Waffen das letzte Wort." Bernstein meint, daß der Frieden ein anderer hätte werden können, wenn die Bolschewikiregierung auch ein kriegsfähiges Heer hinter sich gehabt hätte. In diesem Punkte kann man aber den Bolschewiki schwerlich nachsagen, daß sie ein Verschulden trifft. Als am 12. Nov. das russische Friedensangebot bekannt wurde, hatte die Leipziger Volkszeitung Beklemmungen, daß die deutsche Regierung die von Rußland dargebotene Hand zurückweisen werde. Das Hauptblatt der Unabhängigen verlangte nicht einmal die unbesehene Annahme des maximalistischen Friedensprogramms. Schon am 12. November meinte die Leipziger Volkszeitung, daß „zum mindesten, **wenn die restlose Lösung aller schwebenden Fragen nach dieser (russischen) Formel bei diesem Frieden noch nicht möglich sein sollte, ohne das blutige Ringen erneut auf unabsehbare Zeit zu verlängern, doch die möglichste Annäherung an diese Forderungen das Ziel der Demokratie sein muß . . . Eine furchtbare Verantwortung laden jene auf sich, die das herrliche Zeichen, das Rußland dem gemarterten Europa gibt, nicht verstehen, nicht beachten wollen.**" Von dieser richtigen Auffassung aus wäre es geradezu ein Fehler, wenn der russische Friedensvertrag abgelehnt werden sollte.

Warum ist es zwischen Lenin und Trotzki zum Bruche gekommen? Trotzki lehnte die Friedensbedingungen der Mittelmächte ab, weil er glaubte, dadurch nicht nur die Friedensstimmung in den kriegführenden Ländern überhaupt zu fördern, sondern die Revolution zu entfachen und mit dem Imperialismus zugleich den Kapitalismus ans Messer liefern zu können. Die Entwicklung der Dinge hat gezeigt, wie irrig diese Auffassung war. Lenins Sorge dagegen war, daß bei der Fortsetzung des Krieges die Revolution gefährdet werden könnte; deshalb eben wollte er den Frieden unter allen Umständen. Lenin war sich darüber klar, daß das Heer in der Auflösung begriffen war. „Nur blindwütiger Parteistandpunkt", meinte er Ende Februar nach der Pravda, „kann Rußland zumuten, den Kampf fortzusetzen. Ich würde keinen Monat länger an der Regierung bleiben,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180312-15/fragment/page=0001

wenn die Politik der Phrase nochmals die Oberhand gewinnen sollte... Nur wer durch Phrasen blind geworden ist, übersieht, daß die Politik der Revolution ohne Heer Wasser auf die Mühlen der Bourgeoisie leitet. Wir müssen uns einem erniedrigenden Frieden unterwerfen." Mit dieser Auffassung hat Lenin in den Sowjets gesiegt. In einer darauf von den Sowjets angenommenen Erklärung heißt es, den Frieden ablehnen, heiße, der Triumphunserer (der russischen) Bourgeoisie herbeiführen. In den letzten Tagen erklärte Lenin in der Krasnoja Gazetta: „Wir müssen uns mit den Deutschen verständigen, sonst ist die Revolution verloren. Der Friede ist ein Verhängnis für uns, aber er gibt uns die Möglichkeit, organisatorische Arbeit zu leisten."

Im Interesse der Republik und der Demokratie war also der Frieden für Rußland eine unbedingte Notwendigkeit. Eine demokratische russische Republik aber ist keine Gefahr für einen künftigen Krieg. Sie ist vielmehr die stärkste Stütze der Demokratie in den westlichen Ländern und darum wiederum die sicherste Bürgschaft für einen dauernden Frieden selbst dann, wenn es mit dem Westen nicht zu einem Verständigungsfrieden kommen sollte, also die Gefahr eines neuen Wettrüstens bestünde. In dieser Beziehung werden schon die auf allen kriegführenden Ländern lastenden Kriegsschulden dafür sorgen, daß die Bäume der Rüstungspolitiker nicht in den Himmel wachsen. Eine aus einem solchen Frieden fließende Politik würde auch die Demokratie derart stärken, daß keine feindliche Macht dagegen aufkommen kann und das Ende der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaft in greifbare Nähe gerückt wird.

Unsere Hoffnung liegt also zunächst bei Rußland. Möchte es dem zerrütteten Rußland gelingen, trotz des ungünstigen Friedens, nun die notwendige organisatorische Arbeit zu leisten, um die Republik und die Demokratie zu festigen zum Heile der ganzen Welt!

Japans Invasion in Sibirien.

Die englischen Zeitungen beschäftigen sich fortgesetzt mit der allgemein als sicher angenommenen japanischen Aktion in Sibirien als der letzten Hoffnung auf die wenigstens teilweise Beschneidung des deutschen Sieges über Rußland.

Daily Mail schreibt: Der Zusammenbruch Rußlands bedeutet die Neugestaltung der Welt, was immer sich an der Westfront noch ereignen mag. Der Frieden, der Deutschland die Vorherrschaft über das europäische Rußland beläßt, ist ein deutscher Sieg. Die Alliierten können dagegen nur einen wirksamen Schlag ausführen, indem sie nämlich Japan einladen, Sibirien zu besetzen, die große Eisenbahn, die Weizen- und Mineralienbistrikte östlich vom Ural zu okkupieren und die im europäischen Rußland eingetretene ungünstige Bilanz im asiatischen Rußland wieder auszugleichen. Jeder Tag Verzögerung ist ein für die Lebensinteressen der Alliierten und Japans verlorener Tag. Japan kann noch immer das ernsteste Mißgeschick, das bisher die Sache der Alliierten betroffen hat, wenigstens teilweise ausgleichen.

Die Times meint, daß der Frieden mit Finnland dazu beitragen müsse, Japans Besorgnisse über die deutschen Pläne im fernen Osten zu erhöhen. Aufgabe der Alliierten sei es, in Sibirien, wo die Bolschewiki bisher noch nicht die absolute Kontrolle ausübten, die vernünftigen Elemente zu stützen. Japan sei aber am besten in der Lage, diese Aufgabe zu erfüllen.

Daily Telegraph führt aus, daß Rußland nach dem Friedensschluß mit Deutschland nicht schlechthin als neutraler Staat angesehen werden könne; auch die Unabhängigkeitserklärung Sibiriens schaffe keine klaren Verhältnisse. Ein derartiges konstitutionelles Chaos dürfe billigerweise nicht die Interessen der Alliierten schädigen. Die Maßnahmen Japans, soweit sie im Einverständnis mit den Alliierten erfolgten, müßten daher, als durch die eigenartigen Verhältnisse gerechtfertigt, anerkannt werden. Personal-Bandon führt im gleichen Blatte aus, Wladiwostok sei für Japan, was Antwerpen für England sei. Die japanische Regierung könne nicht dulden, daß diese Pistole von der russischen Anarchie oder vom deutschen Ehrgeiz auf das japanische Reich gerichtet werde. Es müsse Korea und Kwantung durch Vorschiebung der Vorposten nach Charbin schützen. Es könne auch seine Arbeit in der Mongolei nicht in Gefahr geraten lassen. Von der Bagdadbahn abgeschnitten, werde Deutschland sicher nach dem fernen Osten vorstoßen wollen. Japan habe das volle Recht, sich dagegen zu sichern. Dabei müsse allerdings erwartet werden, daß Japan bei Gebietserwerb nicht über das zur Sicherung der Mongolei gegen die deutsche Nachsolge Rußlands Notwendige hinausgehe.

Rußlands Antwort auf den deutschen Protest.

Berlin, 11. März. Die Deutsche Regierung hatte am 8. März durch Funkspruch an die Russische Regierung darauf hingewiesen, daß 450 Balten aus Dorpat und Reval und 130 Balten aus anderen livländischen Städten verschleppt worden seien, um nach Sibirien abtransportiert zu werden. Der Transport sei in Wiebwagen mit Zertifikaten des Smolnainstituts erfolgt. Die deutsche Regierung legte gegen diese Maßregel, die mit Art. 6 Absatz 2 des Friedensvertrages in Widerspruch stand, Verwahrung ein und verlangte die sofortige Rückbeförderung der Verschleppten.

Der Beisitzer des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten in Petersburg erwiderte hierauf im Namen der Russischen Regierung, es sei bereits Verfügung getroffen worden, daß die Verschleppten nach der Heimat zurückgeführt würden. Ihre Zurückschaffung werde nur durch Transportschwierigkeiten aufgehalten, die durch die Demobilisation der russischen Armee entstanden seien.

Die Deutschen vor Odessa.

Auf dem Vormarsch in der Ukraine haben sich die Truppen Odessa auf 9 Kilometer genähert. Lebhafte Kämpfe haben zwischen deutschen Truppen und tschechischen Formationen bei Bachmatsch stattgefunden. Diese Formationen, die sich zum größten Teil aus österreichischen Deserteuren rekrutieren, werden von Offizieren des Stabes der 8. russischen Armee geführt, deren Mannschaftsbestand völlig aufgerieben wurde.

Großpolnische Pläne.

Die Warschauer Godzing Polski vom 10. März schreibt in einem Leitartikel: Für uns ist der Brester Friede das Ende der Träume von einem mächtigen Polen. Wir haben dem blutigen Trauerspiel fast vier Jahre von ferne zugesehen und uns eingeredet, daß das Ziehen ein geschicktes politisches Spiel sei. In Wirklichkeit war es eine schlechte Nachahmung von Politik, ein Spiel, das uns selbst nur geschadet hat. Wir haben Gut und Zeit verloren. Wir müssen uns vor dem Verlust des Glaubens an uns selbst bewahren. Nur einen Ausweg gibt es in dieser schrecklichen Lage: Ein Bündnis mit den Nachbarn auf Grund des realpolitischen do et des. Eine Konvention mit dem einen, ein Bündnisvertrag mit dem andern, das ist jetzt die Aufgabe der polnischen Politik. Eine energische Rettungsaktion für das Chelmer Land ist notwendig. Nur der Regentschaftsrat kann sie führen. Von der Richtung, die der Regentschaftsrat der neuen Regierung geben wird, und von der Eingekt des künftigen Kabinetts hängt Polens Los zum großen Teile ab.

Der Krieg zur See.

Berlin, 11. März. (Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant v. Glasenapp, hat an der Westküste Englands fünf Dampfer, einen Segler mit zusammen

22 700 BRT.

Schiffsraum versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich drei besonders wertvolle Dampfer von je etwa 6000 BRT. Drei von den fünf Dampfern waren Tankdampfer. Alle Dampfer waren bewaffnet und mit einer Ausnahme, bestehend. Namentlich konnten festgestellt werden: Der bewaffnete englische Dampfer „Blechfel", 5847 BRT., der nach der Torpedierung mit Artillerie in Brand geschossen und dessen Kapitän gefangen eingebracht wurde, und der englische Dampfer „Hallegburg", 2868 BRT.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

Skizze zum französischen Angriff in Lothringen (am 9. III. 1918)

Berlin, 11. März. Amerika mag hinter seinen Bundesgenossen, die ihre Farbigen gegen Deutschland in den Kampf für Kultur und Freiheit führen, nicht zurückstehen. New York Herald meldet, daß 5000 Indianer in die Armee eingestellt seien. Das wirft ein ganz eigenartiges Licht auf die vielgerühmten Bestrebungen der Amerikaner, die traurigen Reste der Ureinwohner ihres Landes vor dem Aussterben zu bewahren. Neberdies bereichert diese Maßnahme das farbenfreudige Bild unserer Feinde um eine neue Schattierung.

Berlin, 11. März. Der Flieger-Oberleutnant Buddecke ist im Luftkampf gefallen.

Zum letzten Luftangriff auf Paris

schreibt Wolffs Bureau: Unbelehrt durch unsern Strafangriff gegen die Stadt Paris in der Nacht vom 30. Januar und durch unsere erneuten Warnungen haben die Gegner während der vergangenen Wochen wiederum friedliche deutsche Städte weit hinter der Kampfzone mit Bomben heimgesucht. Die angedrohte Strafe ist vorgestern Nacht abermals vollstreckt worden: Die Stadt Paris war wiederum das Ziel unseres Vergeltungsangriffs. Dem verbrecherischen und verbrecherischen Verhalten unserer Gegner entsprechend wurde der Angriff mit noch größerer Stärke und Wucht geführt als der erste. Die Stadt Paris wurde mit insgesamt 23 700 Kilogramm Bomben belegt.

Die Organisation von Spitzbergen.

Westminster Gazette schreibt über Deutschlands Forderungen zur Organisation von Spitzbergen: Eine der Bedingungen im deutsch-russischen Friedensvertrag, worüber man sich am meisten wundert, ist diejenige, in der die Deutschen ermächtigt werden, die Organisation von Spitzbergen in Uebereinstimmung mit den deutschen Vorschlägen in die Hände zu nehmen. Andere Nationen, so meint das Blatt, werden in diesem Punkte auch noch ein Wörtchen mitzusprechen haben, denn England, Amerika und Norwegen sind dort ebenfalls sehr interessiert. Die englischen Ansprüche übertreffen die aller andern Länder zusammen (!) Die internationale Konferenz in Christiania im Jahre 1914 mußte infolge des Ausbruchs des Krieges abgebrochen werden, bevor eine Abstimmung erzielt wurde. Es besteht jedoch nun keine Autorität, die befugt ist, Eigentumsrechte über die eine oder andere Strecke dieses „Niemandslandes" zu verleihen. Wiederholt hat man in England darauf hingewiesen, daß Großbritannien die für seine Untertanen in Gebrauch genommenen Gebiete Spitzbergens in Besitz nehmen müsse; die vier große Häfen und prächtige Kohlen- und andre Bergwerke umfassen. Deutschlands Anspruch auf die Organisation des Landes sei eine Unverschämtheit.

Die Norddeutsche Allg. Zeitung bemerkt hierzu: Der klare und gänzlich unzweideutige Wortlaut der Vereinbarung kennzeichnet die Behauptung des englischen Blattes als eines jener „Mißverständnisse", mit deren Hilfe die englische Presse die öffentliche Meinung gegen Deutschland aufzuhetzen versteht. In der Vereinbarung ist deutlich zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland keine beteiligte Macht von der Teilnahme an der Organisation Spitzbergens ausschließen will und nichts weiter verlangt, als gleiches Recht für alle. Deutschland hat diesen Standpunkt schon auf der Spitzbergenkonferenz, die unmittelbar vor dem Kriege in Christiania tagte, vertreten und dabei lebhaftes von russischer Seite entschiedenen Widerspruch gefunden, während insbesondere die drei skandinavischen Staaten die Berechtigung des deutschen Standpunkts anerkannten. Auch Großbritannien und Frankreich erhoben damals keine grundsätzlichen Einwendungen gegen die von Deutschland vorgeschlagene Lösung, sondern erklärten, ihr zuzustimmen, sofern Rußland seinen Widerspruch fallen lasse. Moralisch stand also auf der Spitzbergenkonferenz Rußland mit seinen imperialistischen Absichten auf Spitzbergen vollständig allein. Aber was damals Großbritannien für recht und billig hielt, wird jetzt in der englischen Presse als Unverschämtheit und Anmaßung Deutschlands bezeichnet.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Ernährung und Landwirtschaft.

In der Sitzung des verstärkten Staatshaushaltsausschusses des preußischen Abgeordnetenhauses stand am Sonnabend der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung zur Beratung. Es lagen zwei Anträge vor, wonach die Staatsregierung ersucht wird, dafür Sorge zu tragen, daß alsbald durch Eingreifen der Militärverwaltung eine stärkere Zufuhr künstlicher Düngemittel ermöglicht werde, und daß erhebliche Mittel in den nächstjährigen Haushaltsplan der landwirtschaftlichen Verwaltung eingesetzt werden, zwecks Durchführung umfassender wissenschaftlicher Forschungs- und Versuchsarbeiten auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Tierzucht, des Pflanzenbaues und der Ackerbautechnik an bereits bestehenden oder neuzuerrichtenden Instituten. Der Minister führte aus, daß die Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion seine Hauptaufgabe sei. Die Herabsetzung der Brotration der Selbstversorger sei eine vorübergehende vorläufige Maßregel, die durch die Verhältnisse geboten sei und deren Aufhebung nach Klärung der Verhältnisse in Aussicht genommen sei.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes bestätigte dies und fügte hinzu, daß auch den landwirtschaftlichen Arbeitern vom 1. April 1918 an Schwerarbeiterzulagen gegeben werden dürfen. Der Landwirtschaftsminister ging auf die einzelnen an ihn gerichteten Anfragen in zustimmender Sinne — soweit es in seinen Kräften stehe — ein, z. B. Einsetzung der landwirtschaftlichen Hilfsarbeiter aus der Front, Beschaffung von Pferden, Maschinen, Kohlen, Dünger usw. Nach Friedensschluß werde Stickstoff in gesteigerten Mengen für die Landwirtschaft beschafft werden. Ein Großdemonstrant erscheine ihm nicht wünschenswert. Der Vorzug von Ländlichen Grundstücken in bestimmter Größe soll von einer behördlichen Genehmigung abhängig gemacht werden. Ein allgemeines Forschungsinstitut für landwirtschaftliche Pflanzen sei geplant. Die Fideikommißfrage in Posen soll nach den allgemeinen Grundsätzen behandelt werden, natürlich unter Berücksichtigung der nationalen Seite.

1000 Pfund Speck.

Die Zeitungen Kassels bringen aus dem benachbarten kleinen Dorfe Schreckshach folgende Notiz:

Tausend Pfund Speck lieferte unser Dorf für die nicht am Streik beteiligten Schwerarbeiter Kassels.

Woher hat ein solches Rest plötzlich 1000 Pfund Speck? Die Ablieferung dieser ungeheuren Menge beweist, daß die Bauern in der Ablieferung der Lebensmittel gestreikt haben, ehe die Industriearbeiter streikten. Hätten die Bauern beizeiten ehrlich abgeliefert, wäre es wahrscheinlich nie zu den Ausständen gekommen. Ihre Begeisterung für die Munitionsarbeiter, die weiter gearbeitet haben, zeigt lediglich, daß sie selber wissen, wie unverantwortlich sie an Deutschland mit ihrer Verweigerung der notwendigen Lebensmittellieferungen handeln.

Die Novelle zum Gesetz über den Belagerungszustand.

Die Novelle zum Gesetz über den Belagerungszustand bezüglich der Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung, dem der Bundesrat am 7. März seine Zustimmung erteilt hat, bezweckt, verschiedenen Wünschen zum Schutzhaftgesetz, die in den Erörterungen des Hauptausschusses vom 11. Oktober 1917 geäußert waren, tunlichst zu entsprechen. Durch die neue Fassung des § 1 werden alle auf Grund des Belagerungszustandgesetzes oder Kriegszustandsgesetzes verfügten Freiheitsbeschränkungen den Vorschriften des Schutzhaftgesetzes unterworfen. Die neue Fassung des § 13 gibt einen Entschädigungsanspruch bei allen auf Grund der Gesetze über den Kriegs- oder Belagerungszustand zu Unrecht verhängten Freiheitsbeschränkungen. Ein besonderer Artikel bestimmt, daß die Novelle rückwirkend mit dem Schutzhaftgesetz in Kraft tritt, und sieht eine Zuerkennung des Entschädigungsanspruches auch für eine vor dem Inkrafttreten des letzteren Gesetzes liegende Freiheitsbeschränkung bis zurück zum 1. August 1915 vor.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

124. Sitzung, Montag, 11. März, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Breitenbach.

Die Aussprache über die Eisenbahnverwaltung wird fortgesetzt bei

Eisenbahnbeamten- und Arbeiterfragen.

Abg. Waldbaum (Kons.): Nach dem Kriege muß eine durchgreifende Neugestaltung der Gehaltsverhältnisse erfolgen.

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Alle Wünsche für die Beamten und Arbeiter werden sorgfältig geprüft. Der engere Zusammenschluß der Arbeiterorganisationen der Eisenbahn vollzieht sich in höchst unerwünschten Formen. Auch die Beamten schließen sich enger zusammen. In einer Eingabe, die dem Hause vorliegt, sind unberechtigte Beschwerden enthalten, die ich nach Form und Inhalt zurückweisen muß. Die Eisenbahnverwaltung hat 1917 551 Millionen M. mehr für Personal ausgegeben als 1916. Wenn durch einen Antrag Lohnerhöhungen in bestimmter Form begehrt werden, so ist das nach meiner parlamentarischen Erfahrung bedenklich. Wir werden immer dafür sorgen, daß die Lohnverhältnisse der Beamten und Arbeiter mit den Ansprüchen der Lebenshaltung möglichst im Einklang stehen. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Abg. Dellus (Freis. Vp.): Durch Erhöhung der Teuerungszulagen kann die Unruhe in der Beamtenschaft leicht vermindert werden. Die Organisationen und deren Organe und Zeitschriften schüren keineswegs die Unruhe, sondern suchen beruhigend einzuwirken, aber sie können die Stimmung in der Beamtenschaft nicht einfach totschweigen. Die Zulagen stehen in keinem Verhältnis zu den niedrigen Gehältern. Das Prämiensystem beim Rangierpersonal muß abgeschafft werden. Frauen sollen als Heizerinnen auf Lokomotiven nicht verwendet werden. Die übermäßig lange Arbeitszeit verschuldet Unfälle. Nicht zu vermeidende Ueberstunden sollten wenigstens bezahlt werden. Mit Rücksicht auf die Kohlenknappheit sollte die ungeteilte Arbeitszeit eingeführt werden. Die Bezüge der Abkommandierten in den besetzten Gebieten müssen erhöht werden. Viel zu gering ist die Bezahlung der Kleinbahn-Angestellten. Unter den Arbeitern sind besonders schlecht die Löhne der Ortsbauarbeiter. Die Zeitlohn-Empfänger sind gegenüber den Stücklohnempfängern sehr benachteiligt. Die Schichtungsausschüsse müssen so schnell wie möglich eingerichtet werden. (Sehr richtig!) Den Eisenbahnarbeitern muß endlich das Recht zugestanden werden, das die andern Arbeiter mit Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes haben. Sonst wird die Stimmung unter den Eisenbahnarbeitern nicht besser. (Sehr wahr!) Eine gewisse Gärung ist zweifellos auch unter den Eisenbahnern zu bemerken, zum Teil hängt das auch mit der Behandlung der Wohlfahrtsvorlage durch die Kommission zusammen. Die Forderung des neuen Eisenbahnerverbandes gehen zweifellos zu weit. (Sehr richtig!) Man sollte nicht Hoffnungen erwecken, die sich nicht erfüllen lassen. Bedauerlich ist der gegenseitige Kampf zwischen den einzelnen Organisationen. Aber wir wünschen doch, daß den Organisationen keine Schwierigkeiten gemacht werden. Möge die Verwaltung die Zeichen der Zeit richtig zu deuten verstehen. (Brav!)

Abg. Leinert (Soz.):

Die Arbeiterverhältnisse und die Beamtenverhältnisse bei der Eisenbahn sind sehr unbefriedigend. Die Ernährungs- und Besoldungsverhältnisse sind durchaus unzureichend. Klagen, nichts als Klagen, Bittschriften, nichts als Bittschriften, dieser Anfang eines Lessingschen Trauerspiels tritt auch hier zu. Der Minister scheint über die Stimmung der Eisenbahner von seinen nachgeordneten Beamten schlecht informiert zu sein. (Sehr richtig!) Man braucht bloß die an uns gerichteten Eingaben zu lesen und die Beamten und Arbeiter selbst zu sprechen, um die richtige Stimmung kennen zu lernen. Die Zusammensetzung der Arbeiterausschüsse entspricht nicht den früheren Zuständen. (Hört, hört!) Es sind nur die Arbeiter wahlberechtigt, die als ständige Arbeiter beschäftigt sind. Die nichtständigen Arbeiter haben keine Möglichkeit, ihre Interessen in den Arbeiterausschüssen vertreten zu lassen; trotzdem sie in erheblicher Zahl und schon lange Zeit in den Betrieben beschäftigt sind, haben sie

weder ein Wahlrecht zu den Ausschüssen noch sind sie Wähler.

Den Antrag auf Einführung solcher Schlichtungsausschüsse hat dieses Haus in seinem bekannten sozialpolitischen Eifer vorläufig begraben. Es hat sich damit noch zuletzt ein Denkmal gesetzt, das später als abschreckendes Beispiel dienen wird. Die Bezirksausschüsse haben für die Arbeiter nicht den Wert, wie der Minister meinte. Es müsse den Lokalarbeitsschüssen erlaubt sein, auch die Dinge zu besprechen, die in den Bezirksausschüssen verhandelt werden, damit in den Lokalausschüssen die nötigen Vorarbeiten für die Bezirksausschüsse geleistet werden können. (Sehr richtig!) Alle Fragen des Betriebes, als Lohnfragen, müssen zunächst in den Ortsausschüssen besprochen werden können. Die Errichtung eines Arbeiterausschusses im Ministerium ist gewiß ein er-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180312-15/fragment/page=0002

freuliches Zeichen einer besseren Einsicht. Voraussetzung ist aber, daß dieser Ausschuß

aus allgemeinen Rechten aller Eisenbahnerbeiter

hervorgeht. (Sehr richtig!) Die Behandlung der Arbeiter und anderen Angestellten ist noch immer keine gute. Es herrschen jetzt wieder die Prinzipien, die wir vor dem Kriege stets gegeißelt haben. Wer im Eisenbahnbetrieb sich jetzt irgendwie rührt, kommt in den Schützengraben. (Hört, hört!) So hatte der Vorsitzende des Eisenbahnerverbandes in Stargard gegen eine Hetzrede des Chefs des Westpreußischen Stellung genommen, in der es u. a. hieß:

„Das Zwiegerspräch und die Scheidemänner müssen aufgehängt werden!"

(Hört, hört!) Daraufhin wurde er eingezogen. Derartige Fälle gibt es häufig. Ich werde die Fälle dem Herrn Minister zustellen und hoffe, daß er mir mitteilt, ob er diese Fälle billigt. Die Unzufriedenheit der Arbeiter wird durch solche Fälle natürlich gesteigert. Schließlich wagt es keiner mehr, etwas zu sagen, aus Angst vor dem Schützengraben. So erklärt sich vielleicht die falsche Auffassung des Ministers über die Stimmung in den Arbeiterkreisen. Die Zunahme der Unfälle wurde zugegeben. Bei solchen Unfällen muß vor allem für genügende Entschädigung des Fahrpersonals gesorgt werden. Heute bekommt es nur die Unfallrente. Gewiß beruht dieser Zustand auf Gesetz, aber bei der erhöhten Gefährdung des Eisenbahnpersonals müßte doch dafür gesorgt werden, daß das Fahrpersonal durch Gewährung von Zulagen ebenso entschädigt wird wie Privatpersonen, die bei Eisenbahnunfällen beschädigt werden. (Sehr richtig!) Abg. Schmedding hat den Ton in den Organen der Eisenbahnerorganisationen getadelt, insbesondere der Deutschen Weichenstellerzeitung. Dabei gehört die Zeitung gerade einem Verbande, der seiner Partei sehr nahe steht. Da hätte er den umgekehrten Schluß ziehen müssen. Vielmehr ist es mit der Stimmung unter den Eisenbahnern schon gekommen, wenn sogar ein Organ seiner Parteirichtung einen solchen Ton anschlägt. (Sehr gut!) Der Minister schiebt ebenfalls die bestehende Unzufriedenheit auf die Verbände, die sich angeblich in Forderungen überbieten. Er wird aber den Arbeitern nicht verübeln können, sich die Verbände ihres Vertrauens auszusuchen. (Sehr richtig!)

Die freie Gewerkschaft der Eisenbahner

hat ihre Notwendigkeit schon dadurch erwiesen, daß sie in einem Jahre 50 000 Mitglieder gewonnen hat. (Hört, hört!) Uebrigens sind sich die Verbände in den Forderungen für die Arbeiter alle gleich. Der Minister sollte mit den Verbänden gemeinsam verhandeln über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Das hat der Minister in der Kommission leider entschieden abgelehnt. Er will nur mit den Arbeiterausschüssen verhandeln. Nun, dann werden sich die Verhältnisse der Verbände in den Arbeiterausschüssen widerspiegeln. Vor allem darf kein Arbeiterausschußmitglied gemaßregelt werden. (Sehr wahr!) Falsch ist die Behauptung des Ministers, daß die 11. Ueberstunde nur in den Arbeiterausschüssen abgelehnt ist, die der freien Gewerkschaft nahestehen. Der nationalliberale Abg. Müller hat diese 11 Stunden Arbeitszeit auch für seinen Verband abgelehnt. (Hört, hört!) Hätte man über diese Frage vorher mit den Verbänden verhandelt, wie man es nachher getan hat, so wäre diese Frage vielleicht anders geregelt worden! Verhandelt doch auch der Finanzminister mit den Beamtenorganisationen ebenso wie der neue Staatssekretär des Reichspostamts mit den entsprechenden Verbänden. Daher hat man dem Staatssekretär im Reichstag gedankt. Dieses Haus wird jedenfalls dem Eisenbahnminister für den gegenteiligen Standpunkt danken. Mit der Zeit wird auch der preußische Eisenbahnminister seinen Standpunkt aufgeben müssen. (Sehr wahr!) Möge er sich den großen Fonds von Vertrauen, der in den Verbänden liegt, zunutze machen. (Bravo!) In der Ausgleichszulagenfrage will der Minister gegenüber dem Antrag des Hauses einen Mittelweg gehen. Das könnte aber nur auf Kosten der Beamten geschehen. Es ist ein durchaus richtiger Grundsatz, daß die Leute, die aus dem Lohnverhältnis in das Beamtenverhältnis übergehen, dadurch nicht materiell geschädigt werden. Der Antrag der Kommission ist mit Recht einstimmig angenommen worden. Uns geht der Antrag noch nicht einmal weit genug, wir wünschen, daß solche Leute auch mehr an Ausgleichszulage erhalten, wenn inzwischen die Löhne ihrer Berufskollegen gestiegen sind. Das entspricht nur der Gerechtigkeit. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn man auf die Rückwirkung auf unsere Beamten verweist, so müssen eben diese Beamten ebenfalls entsprechend höher besoldet werden. (Sehr richtig!) Der Anspruch auf Pension usw. ist absolut kein Ausgleich für die geringere Bezahlung, zumal er erst nach 10jähriger Tätigkeit eintritt.

Die ganze Beamtenbesoldung bedarf eben dringend der Neuordnung auf einer höheren Grundlage.

Es darf nicht auf die Dauer zwei Klassen von Beamten geben, solche mit und solche ohne Ausgleichszulage. (Sehr richtig!) Ich finde, daß wir überhaupt viel zu viel Beamte haben. Gewiß drängen sich viele Leute dazu, Beamte zu werden. Der Grund liegt in der Unsicherheit der Existenz der Arbeiter überhaupt. Wir verlangen daher, daß für alle Arbeiter eine Versorgung für die Zeit der Arbeitslosigkeit, Invalidität eintritt, die es ihnen ermöglicht, sich und ihre Familie zu ernähren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man sagt, das ist eine utopistische Forderung, das dafür nötige Geld sei nicht aufzubringen. Aber wer einmal gesagt hätte, daß wir für den nächsten Krieg 120 Milliarden aufbringen müßten, wäre für verrückt erklärt worden. (Sehr wahr!) Wie für den Krieg das Geld aufzubringen war, so muß es auch möglich sein, dafür zu sorgen, daß alle Staatsbürger anständig leben können. (Sehr wahr!)

Die in die besetzten Gebiete Abkommandierten müssen unbedingt besser gestellt werden, als das jetzt geschieht. Für Standesunterschiede kann ich mich hier nicht einsetzen. Solche Wünsche führen häufig zum Standesdünkel. So begrüßt es eine Gruppe von Beamtinnen, daß Bewerbinnen, die nur die Gemeindeschule besucht haben, nicht angenommen werden! Die Lokomotivführer und geprüften Heizer haben es mir im vorigen Jahre sehr übel genommen, daß ich mich dagegen wandte, daß sie es als Entwürdigung ihres Standes empfinden, wenn Feuerwehrmänner Lokomotivführerdienste verrichten. Dem gegenüber erkläre ich, daß ich natürlich das größte Verständnis für die Tätigkeit der Lokomotivführer habe, aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß wer für ein Amt befähigt ist und die nötigen Prüfungen bestanden hat, ohne Rücksicht auf seine Herkunft für die Ausübung dieses Amtes zugelassen werden wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dieser Grundsatz gilt nicht nur für die Eisenbahner,

sondern auch für Landesbe und für Minister.

Das hat sich z. B. gezeigt, als mal ein General Eisenbahnminister war. Der war noch lange nicht der schlechteste. Freie Bahn für jeden Tüchtigen! Berechtigt wäre der Standpunkt der Lokomotivführer nur dann, wenn etwa andere Leute nicht auf Grund ihrer Befähigung, sondern deshalb in ihre Stelle einrücken könnten, weil sie einen krummen Rücken zu machen und gut zu schmusen verstehen. Das würden auch wir aufs höchste verurteilen! (Sehr wahr!) Bei der verantwortlichen Tätigkeit der Lokomotivführer kann ich mir aber nicht denken, daß man nicht auf ihre Befähigung den größten Wert legen soll.

Abg. Macco hat im vorigen Jahre gesagt, der Einfluß gewissenloser Agitatoren erschwere die Arbeitsfreudigkeit der Eisenbahner. Oh nein, das sind ganz andere Dinge, die die Arbeitsfreudigkeit erschweren. Man sollte vielmehr die große Opferfreudigkeit anerkennen, mit der die Eisenbahner in diesem Kriege ihre Schuldigkeit getan haben. Keiner von ihnen hat wie die Generaldirektion der Daimler-Werke aus materiellen Gründen mit dem Streik geliebäugelt. Diese Landesverräter stehen vielleicht Ihrer Partei viel näher, die um des Mammons willen das Vaterland zugrunde gehen lassen. Solche Gewissenlosigkeit werden Sie unter den Eisenbahnern nicht finden. Jene Leute fördern nur ihre Profitinteressen, während für die Arbeiter ihre ganze Existenz auf dem Spiele steht. Um diese zu erhalten, stellen sie ihre Forderungen. Wir verlangen für diese Arbeiter jede Woche einen Ruhetag, allerdings nicht während des Krieges. Weiter eine anständige Erholungszeit, die die Arbeiter unbedingt auch im Kriege brauchen. Dann verlangen wir die achtstündige Arbeitszeit; alles was jetzt darüber geleistet werden muß, muß als Ueberstunden bezahlt werden. Heute besteht in den Betriebswerkstätten der zehnstündige Arbeitstag, in den Hauptwerkstätten nur der Neunstundentag. Dieser Unterschied ist durch nichts begründet. Wir fordern weiter eine Beschränkung der Sonntagsarbeit. Die Beschränkung des Sonntagsreiseverkehrs hat damit gar nichts zu tun, die ist aus ganz anderen Gründen erfolgt. Wir verlangen eben, daß diejenigen, die am Sonntag beschäftigt werden, in der Woche entsprechend freie Zeit bekommen. Endlich fordern wir ausreichende Löhne für das Eisenbahnpersonal. Der durchschnittliche Jahreslohn eines Arbeiters ist für 1918 mit 2380 M. vorgesehen. Ob dabei nicht auch Ueberstunden in Rechnung gesetzt sind, ist aus den uns gegebenen Aufstellungen nicht zu ersehen. Ueberhaupt geben die Lohnnachweisungen uns kein klares Bild. Es bestehen bei der Eisenbahn viel zu viel Lohnstufeln. Wenn in einer Lohnstaffel der Anfangslohn 3.30 M. beträgt und pro Stunde 1 Pf. Lohnerhöhung gewährt wird, so sind das jedenfalls Löhne, wie sie bei der Privatindustrie nicht mehr zu finden sind. (Sehr wahr!)

In den Betriebsberichten sind für 1916 Durchschnittslöhne mit 3.71 Mark angegeben mit Teuerungszuschlägen usw. Der Minister deutet sich in der Kommission darauf, daß die Generalkommission der Gewerkschaften die Lohnerhöhung bei der Eisenbahn anerkannt habe. Dem Vorsitzenden der Generalkommission, den ich danach fragte, ist davon nichts bekannt. Bewiß sind die Löhne bei den Eisenbahnarbeitern gestiegen, aber Einnahmen von 75 M. täglich, wie der Minister sie anführte, sind seltene Ausnahmen. Wir haben daher eine wesentliche Erhöhung der Grundlöhne vom 1. April an beantragt. Der Minister hat diesen Antrag abgelehnt, er scheint dem Abgeordnetenhaus überhaupt das Recht zu bestreiten, einen solchen Antrag anzunehmen. Wir lehnen diesen Standpunkt ab. Wenn erst das gleiche Wahlrecht besteht, wird sich das Haus mit solchen Anträgen noch viel intensiver beschäftigen. (Sehr wahr!) Mit der allgemeinen Erklärung des Ministers, er werde die Löhne entsprechend der Teuerung aufbessern, können wir uns nicht begnügen, sondern bestehen auf schleunige Beratung unseres Antrags in der Kommission. Die Arbeiter haben sich bereits an die Militärbehörde um Abhilfe gewandt, aber diese haben eine Einmischung in die Lohnverhältnisse bei der Eisenbahn abgelehnt.

Als der rücksichtslose Minister in der Lohnfrage

hat sich der Eisenbahnminister bei dieser Gelegenheit wieder dadurch erwiesen, daß er bei den betreffenden Verhandlungen mit der Militärbehörde für Herabsetzung der Löhne in der Rüstungsindustrie eintrat. (Hört, hört!) Das ist ein direkt arbeiterfeindlicher Standpunkt. Wie muß eine solche Stellungnahme auf die Arbeiter in der Rüstungsindustrie wirken in einer Zeit, wo die Landwirte Prämie auf Prämie erhalten und die Dividenden der Rüstungsindustrie dauernd steigen. (Sehr wahr!) Der Eisenbahnminister hätte wirklich keine Veranlassung, im Geldjackinteresse der Rüstungsindustrie seine Arbeiter zu schädigen. Geben Sie einen solchen Plan auf, Herr Minister, wenn Sie nicht das deutsche Volk auf das schlimmste schädigen wollen! Sie könnten eine Antwort von den Arbeitern erhalten, die Hörner und Zähne hat. Eine solche Politik muß zerreißend wirken. Lernen Sie, Herr Minister, Sie sind gewarnt! (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Gottschalk (Natl.): Der Hinweis des Vorredners auf die Daimler-Werke war bei den Haaren herbeigezogen. (Sehr wahr!) Im Verhältnis zu den Organisationen wird der Minister nach manches Vorurteil zu überwinden haben. Bei gutem Willen wäre auch für die Verwaltung ein Hilfsmittel aus diesen Organisationen zu machen. Redner äußert Wünsche im Interesse einzelner Beamtenkategorien. Die große Ueberlastung der Beamten sollte zu einer doppelten Anrechnung der Kriegsjahre führen. Den Antrag der Sozialdemokraten auf Lohnerhöhungen für die Arbeiter beantragen wir dem Hauptausschuß zu überweisen.

Eisenbahnminister v. Breitenbach: In der Frage der Ausgleichszulagen halte ich es im Gegensatz zu dem Abg. Leinert für sehr wertvoll für die Arbeiter, wenn es ihnen vergönnt ist, in eine Beamtenstelle emporzurücken. Der Abg. Leinert hat wieder mit einer gewissen Gefliissentlichkeit von einer Unzufriedenheit der Arbeiterschaft gesprochen. Das steht im Widerspruch zu dem starken Andrang zu der Beschäftigung bei der Eisenbahn. Auch hat ein anderer Abgeordneter, der ein berufener Sachverständiger ist, bestätigt, daß von einer allgemeinen Unzufriedenheit keine Rede sein könne. Mir ist berichtet worden, daß der Abg. Leinert in einer Versammlung der Eisenbahnarbeiter gesagt hat: Ihr dürft nicht zufrieden sein. (Abg. Leinert: Das ist unwahr, das hat Sie irgendein Spitzel falsch berichtet.) Nach dem Bericht soll der Abg. Leinert gesagt haben: Sie dürfen nicht immer zufrieden sein, Zufriedenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne Ihr. (Hört, hört! rechts.) Ich will nur die Tendenz hervorheben, daß der Abg. Leinert in der heutigen schweren Lage des Staates es für richtig hält, die Unzufriedenheit der Arbeiter zu erregen. Es ist mir im höchsten Maße unbequem, das auszusprechen, und mich so gegen eine Partei des Hauses zu wenden, aber wenn von der Tribüne des Landtags mit solcher Bestimmtheit und mit der Absicht, auf die Oeffentlichkeit zu wirken, die Behauptung aufgestellt wird, so bin ich genötigt, diesem Gegenhieb auszuführen. (Bravo! rechts.) Wenn einzelne Vorgesetzte das Personal ungerecht behandeln, so werden sie rektifiziert.

In den Schützengraben geschickt werden nur Leute, die als Hetzer und Schürer in den Betrieben wirken.

Das hat auch General Scheuch im Reichstag gesagt. Den Organisationen stehe ich durchaus nicht unfreundlich gegenüber. Es bestehen ganz enge Beziehungen zu den alten Organisationen. Die freie Gewerkschaft ist bei mir persönlich noch nicht vertreten gewesen. Wohl hat ein Benehmen stattgefunden zwischen Vorstandsmitgliedern der freien Gewerkschaft und meinem Kommissar. Dabei hat mein Kommissar aus einer Unterhaltung den Schluß gezogen, daß auch die freie Gewerkschaft anerkenne, daß die gewaltigen Lohnerhöhungen, die den Bedürfnissen entsprechend erfolgt sind, doch außerordentlich weitgehend gewesen sind. Die Grundlagen sind für mich die Ortsausschüsse und Bezirksausschüsse. Und in wenig Wochen der große Zentralausschuß im Ministerium des Innern. Die Ortsausschüsse werden in geheimer und direkter Wahl gewählt, die Bezirksausschüsse von den Ortsausschüssen und der Zentralausschuß soll von den Bezirksausschüssen gewählt werden. Dieser Aufbau soll den Arbeitern die Möglichkeit geben, direkt zum Minister zu sprechen. Ich bedaure, daß dieser große Fortschritt von dem Abg. Leinert nicht genügend gewürdigt und anerkannt worden ist. Eine Lohnerhöhung habe ich auch jetzt nicht abgelehnt, habe auch nicht etwa in Rede des Parlaments einwirken wollen, sondern nur festgestellt, daß mit dem vorliegenden Antrag zum erstenmal das Abgeordnetenhaus die Regierung, die durch die Tat bewiesen hat, daß sie die Interessen der Arbeiter schützen will, stimulieren würde, in dieser Richtung weitergehen. Denn hat mich Abg. Leinert als den rücksichtslosen Minister bezeichnet, weil ich gegen eine weitere Steigerung der Löhne in der Rüstungsindustrie eingetreten bin. Sein wirtschaftlicher Horizont scheint doch sehr begrenzt zu sein. Ich muß auch an die Zukunft denken und an die furchtbare Belastung der ganzen Volkswirtschaft, die solch hohe Löhne zur Folge haben müssen. Unsere Ausfuhrindustrie würde sich dann nicht halten können. (Zurufe: Wenn aber die Lebensmittel so teuer sind?) Ich habe also nur meine Schuldigkeit als verantwortlicher Staatsminister getan.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.): Der Abg. Leinert hat die Lektion, die er eben bekommen hat, völlig verdient. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. (Lachen b. d. Soz.) Dem Eisenbahnminister erwidere ich: Wenn man an den hohen Gewinnen der Rüstungsindustrie etwas abtrapzen wollte, würde man die Arbeiter besser bezahlen können. Daß Leinert heute anders spricht als bisher, ist erklärlich: Die Arbeiter haben es eben satt, sich weiter geduldig ausbeuten zu lassen, während die Lebensmittelpreise immer unerschwinglicher werden. Die Unruhe in den Arbeiterkreisen warnt jetzt auch die Regierungssozialisten. Leinert protestiert dagegen, daß er die Arbeiter habe unzufrieden machen wollen. Ich sehe darin keine Schande. Lassalle war es, der von der verdammten Bedürfnislosigkeit sprach. Die Unzufriedenheit ist der Hebel jedes Kulturfortschritts. Daß mißliebige Arbeiter in den Schützengraben kommen, ist eine ganz bekannte Sache. Die Unzufriedenheit unter den Arbeitern wächst von Stunde zu Stunde, weil die Arbeiter jetzt einsehen, daß nicht ein Verteidigungskrieg, sondern der brutalste Eroberungskrieg geführt wird. Die erste Antwort werden die Arbeiter hoffentlich in Niedersachsen geben. (Bravo b. d. U. Soz.)

Abg. Leinert (Soz.): Auf die Bedrede des Vorredners gehe ich nicht ausführlich ein. Abg. Hofer, der ursprünglich zu diesem Kapitel gemeldet war, hat sich wieder streichen lassen, weil er offenbar zu den Arbeiterkreisen nichts zu sagen hat. Wir Regierungssozialisten sehen unsere Aufgabe darin, die Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse in und nach dem Kriege zu sichern. Hätte Abg. Hoffmann mehr Verständnis für Vaterlandsliebe, so könnte er nicht behaupten, daß wir uns ein einzigesmal um die Zuneigung der Regierung bemüht haben.

Die Wahl in Niedersachsen wird jedenfalls zeigen, daß die Arbeiter die Taktik der Unabhängigen nicht billigen.

Die von dem Minister angeführte Aeußerung habe ich in keiner Versammlung getan. Meine ganzen Forderungen laufen ja auch darauf hinaus, die Unzufriedenheit unter den Arbeitern zu befestigen. Das angeführte Zitat habe ich gebraucht im Hinblick auf die Forderungen, die die Großindustriellen und die Landwirte stellen und habe den Arbeitern gesagt, so sollen sie es auch machen. Im übrigen bin auch kein Mitglied einer anderen Partei in der Kommission und hier im Hause behauptet, daß die Eisenbahner zufrieden seien. Der Minister hat kein Recht, mir Kurzsichtigkeit vorzuwerfen. Ich habe in den Kommissionsverhandlungen wohl bewiesen, daß ich auch an die Zukunft denke. Der richtige Weg für den Minister wäre, nicht die Löhne in der Rüstungsindustrie herabzusetzen, sondern auf Verbilligung der Lebensmittel hinzuwirken. (Sehr wahr b. d. Soz.)

Abg. Ströbel (U. Soz.): Abg. Hofer hat sich nicht zu diesem Kapitel gemeldet, hier liegt ein Irrtum des Präsidiums vor. — Der brutale Friedensschluß in Brest-Litowsk zeigt jetzt das, was wir von Anfang an vorausgesagt haben. — Im Westen werden wir, wenn wir siegen, einen genau so brutalen Frieden bekommen. (Unruhe.) Wenn das Bestreben des Ministers nur darauf gerichtet ist, den Krieg zu gewinnen, so werden ihm die Arbeiter nicht folgen. (Unruhe.) Man treibe eine vernünftige Friedenspolitik, suche aber nicht, den Krieg zu gewinnen. (Der Redner wird zur Sache gewiesen.) Leinert gehört gewiß nicht zu den Hetzern. Er hat alles getan, um zu büßen, was er früher vielleicht als Sozialdemokrat gesündigt hat. (Lachen b. d. Soz.) Der Kriegswucher der Rüstungsindustrie ist eine ebenso notwendige Folge des Krieges wie der Schleichhandel. In diesem Kriege versprühen die Arbeiter ihr Blut, damit sich die herrschenden Klassen ungeheure Reichtümer zusammenscharren. Und diese Politik vertreten auch die Freunde des Abg. Leinert.

Minister v. Breitenbach protestiert gegen die Behauptung, es liege den Eisenbahnern nicht daran, den Krieg zu gewinnen. Von der Erklärung des Abg. Leinert nehme ich Kenntnis und bitte ihn, dahin zu wirken, daß auch die Funktionäre der freien Gewerkschaft in dem Sinne wirken. Wenn man gegen die ungesunde Steigerung der Löhne in der Rüstungsindustrie eintritt, muß man natürlich auch entsprechend der Steigerung der Unternehmergewinne entgegenwirken. Ich gönne gewiß den Arbeitern einen angemessenen Verdienst, muß aber als Minister auch die allgemeinen Interessen im Auge haben.

Damit schließt die Debatte.

Abg. Macco (Natl.— persönlich) protestiert dagegen, daß seine Freunde mit den Vorgängen in den Daimlerwerken irgendetwas zu tun hätten, das sei eine Verleumdung.

Abg. Leinert (Soz.): Tatsache ist, daß die Nationalliberalen von der Rüstungsindustrie leben. Dem Rate des Ministers werde ich folgen, wenn er die Forderungen der Arbeiter bewilligt.

Der Etat wird bewilligt. Der sozialdemokratische Antrag auf Lohnerhöhung geht an den Ausschuß. Dienstag, 11 Uhr: Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Schluß 6 Uhr.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 11. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Artillerie- und Minenwerfertätigkeit hebt am Abend vielfach auf. Rege Erkundungstätigkeit dieht an. Eigene Abteilungen drangen an mehreren Stellen der flandrischen Front in der Gegend von Armentiers und auf dem westl. Maas-Ufer in die feindlichen Gräben ein und brachten Gefangene und Maschinengewehre zurück. Bei einer deutschen Unternehmung nordöstlich von Reims trat wiederum eine in letzter Zeit mehrfach beobachtete auf der Kathedrale von Reims eingerichtete Blinkstelle der Franzosen in Tätigkeit.

Hauptmann Ritter von Tutschek und Leutnant Wüstnoff errangen ihren 27., Oberleutnant Berthe seinen 20. Luftsieg.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Feindliche Banden wurden bei Bachmatsch (nordöstlich von Kiew) und bei Rasdjelnaja (an der Bahn Smerinka—Odessa) zerstreut.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Aus der Partei.

Reichstagsabgeordneter Wilhelm Stolle †.

Eines der ältesten Mitglieder der sozialdemokratischen Partei ist in Wilhelm Stolle in Gesau gestorben. Stolle wurde am 19. Dezember 1842 in Frankenhausen geboren, ist also 76 Jahre alt geworden. Nachdem er als Gärtner längere Zeit das In- und Ausland, namentlich Holland und Rußland, kennen gelernt und sich 1862 in Crimmitschau selbständig gemacht hatte, gründete er mit Julius Motteler und anderen den Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund, der 1878 auf Grund des Sozialistengesetzes verboten wurde. Der 18. sächsische Wahlkreis Zwickau-Werdau, den von 1871—1874 der Demokrat Schraps, von 1874—1878 Motteler und von 1878—1881 der fortschrittliche Bürgermeister Streit vertrat, wählte Stolle 1881 in den Reichstag, dem er als Vertreter dieses Wahlkreises mit Ausnahme der Periode von 1887—1890 — 1887 waren die Karnevalswahlen! — bis zu seinem Tode angehörte. 1881 wurde er als eines der ersten sozialdemokratischen Mitglieder in den Landtag gewählt, wo 1897 das Dreiklassenwahlsystem seiner Tätigkeit ein Ende machte. Als der Krieg ausbrach, gehörte Stolle mit zu den Anhängern des linken Flügels und bei der Spaltung der Partei schloß er sich der unabhängigen Richtung an. Bis in die letzte Zeit hinein war Wilhelm Stolle agitatorisch für seine Ueberzeugung tätig. Es macht sich nun eine Nachwahl im 18. sächsischen Reichstagswahlkreise notwendig, bei der die Unabhängigen das Mandat gegen die alte Sozialdemokratie, die Stolle in den Reichstag schickte, zu verteidigen haben wird. Im Jahre 1912 wurde Stolle mit 27816 Stimmen gegen den nationalliberalen Mitbewerber, der es nur auf 17982 Stimmen gebracht hatte, gewählt. Die Nachwahl ist die erste Wahl in Sachsen, in der eine Entscheidung zwischen den beiden sozialdemokratischen Richtungen zu treffen sein wird.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 11. März. Die Gerüchte, daß Prinz Oskar von Preußen als Herrscher von Finnland auserschen sei, entbehren jeder Begründung.

Bern, 11. März. Aus Amerika sind drei Dampfer mit Getreide für die Schweiz nunmehr glücklich in Cette eingetroffen. Von den 80 von Amerika gescharterten holländischen Dampfern sind weitere drei mit 18 000 Tonnen für die Fahrt nach der Schweiz gesichert.

Bern, 11. März. Der Matin meldet aus Newyork: Der Schriftsteller William Robinson ist wegen friedensfreundlicher Propaganda verhaftet worden. In einer kürzlich erschienenen Broschüre verlangte Robinson, Amerika solle sofort Frieden schließen, da keine Aussicht vorhanden sei, daß es sich bei den Friedensverhandlungen gegen die Wünsche der Entente durchsetzen könne.

Von der Schweizer Grenze, 11. März. Wie Havas aus Buenos Aires meldet, gewährte England dem Grafen Luxburg freies Geleit, damit sich dieser nach Schweden begeben kann.

Stockholm, 11. März. Wie Politiken mitteilt, wurde auch dem russischen Bolschewik Jakolkind, der als Gesandter nach Bern gehen sollte, die Einreise nach Frankreich verboten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180312-15/fragment/page=0003

Der politische Verwandlungskünstler Dr. Breitscheid.

Unabhängige Versicherung gegen die Unzuverlässigkeit Dr. Breitscheids.

Die Grundsatzbestigkeit der unabhängigen sozialdemokratischen Partei ist eine von dieser Partei propagierte Behauptung, die in direktem Widerspruch mit den Tatsachen steht. In Wirklichkeit ist das Gegenteil richtig. Und was für die Partei gilt, trifft noch viel mehr auf ihre einzelnen Mitglieder zu. Ein Mustermitglied der unabhängigen Sozialdemokratie ist Herr Dr. Breitscheid, den die Unabhängigen in Niederbarnim bekanntlich zum Nachfolger Stadthagens im Reichstagsmandat ausersehen haben. Dieser Ehrenmann hat in den letzten zehn Jahren nicht weniger als vier Parteien — natürlich jedesmal mit ehrlicher innerer Ueberzeugung — angehört.

Demgemäß war Dr. Breitscheid nacheinander Redakteur des rechtsliberalen Hamburger Korrespondent, Redakteur der Kolonialen Zeitschrift, Auslandsredakteur des rechtsliberalen Hannoverschen Kuriers, Geschäftsführer des liberalen Handelsvertragsvereins, dann bürgerlicher Demokrat und 1912 Reichstagskandidat gegen die Sozialdemokratie, weil deren Forderungen ihm zu weit gingen. Jetzt, — 6 Jahre später — ist er Kandidat der Unabhängigen, weil die Politik der Sozialdemokratie ihm nicht weit genug geht. Mehr Wandlungsfähigkeit in so kurzer Zeit ist wohl noch nie gefunden worden als im Falle des Dr. Breitscheid.

Heute spielt dieser Dr. Breitscheid den ehrlichen Sozialisten und wahren Marxisten. Und als solcher behauptet er dreist und kühn, die Sozialdemokratie habe im Kriege das Erfurter Programm verletzt. „Der Sieg über die Feinde der Arbeiterbewegung ist nur zu erringen, wenn wir grundsätzlich andere Wege einschlagen als die, die sich fälschlich als Hüter der alten Tradition und **als die Fortführer und Vollender der Klassenkampfpolitik des Proletariats aufspielen.**" So Dr. Breitscheid. Bei den letzten Reichstagswahlen erschien dieser kühne Mann als bürgerlicher Kandidat auf dem Kampfplatz. Seine Wahlparole lautete: er wolle zeigen, wie man ein wirklicher Demokrat sein könne, ohne mit dem „Ballast der dogmatischen Lehren eines Marx" beschwert zu sein. Auf dem letzten Parteitag der demokratischen Vereinigung bekämpfte Breitscheid die Forderung nach Aufstellung eines Programms mit folgenden Worten:

„Die Arbeiter wählen nicht sozialistisch um des sozialdemokratischen Parteiprogramms willen, sondern nur um der Arbeit willen, die die Sozialdemokratie für die Arbeiterinteressen geleistet hat. (Hört, hört!) **Die Sozialdemokratie wäre froh, wenn sie das Erfurter Programm nicht hätte."** (Hört, hört!)

Auch dagegen stritt Breitscheid damals mit Erbitterung, daß seine Demokraten sich auf die Forderung der Republik festlegten. Zu dieser Frage führte er aus:

„Die Republik allein tut es wahrhaftig nicht. Wir glauben, daß Republikaner und Monarchisten in einer demokratischen Partei zusammenarbeiten können, vorausgesetzt, daß es den Monarchisten nur darum zu tun ist, den Souverän auf die Sphäre zu beschränken, die ihm in einem demokratischen Staatswesen gesteckt ist. **Die Stellung zur Staatsform kann dann mindestens ebenso gut Privatsache sein wie die zur Religion."**

Wer sollte danach besser zum „Hüter der alten Tradition" berufen sein als dieser Kandidat der Unabhängigen, von dem die jetzt unabhängige Düsseldorfer Volkszeitung im Jahre 1912 schrieb: **seine Abneigung gegen Prinzipien und dogmatischen Ballast weise ihn als echten Nationalliberalen aus**

Und dieser Breitscheid soll jetzt die „Klassenpolitik des Proletariats" retten! Noch bei den letzten Berliner Landtagswahlen forderte er seine Freunde auf, für die Kandidaten der Sozialdemokratie einzutreten „trotz aller Endziele". Das Wort Endziele war dabei in ironische Anführungsstriche gesetzt. Herr Breitscheid fügte hinzu, man brauche nicht zu befürchten, daß die Sozialdemokratie im preußischen Landtag Klassenkampfpolitik treibe. — **Auch die Sozialdemokratie kann in Preußen nichts anderes tun, als radikal-liberale Politik treiben."** Ueber die Prinzipienwächter, die es ja auch schon früher gegeben hat, hat sich Dr. Breitscheid stets wacker lustig gemacht. In seinem Freien Volk liest man z. B. folgende Abfertigung der Prinzipienreiter:

„Den Marxismus als Dogma hinzustellen, heißt jeder Auffassung vom Wesen der Wissenschaft geradezu einem Schlag ins Gesicht versetzen. Man kämpft gegen die Kirche, weil sie durch das Dogma jede freie Geistesregung unterdrückt. **Wenn eine politische Partei ein Dogma aufstellt, dann bleibt das dieselbe Sünde wider den heiligen Geist.** Dem Dogma folgen die widerwärtigsten Erscheinungen der Ketzergerichte. Ob das Urteil nun von Heiligen in der Kutte oder im schwarzen Talar gesprochen wird oder „ohne dieses Drum und Dran **von den rechtgläubigen Hütern des Allerheiligsten sozialistischen Gedankens,** ist vollkommen gleich."

Von solchen Anschauungen hat sich Dr. Breitscheid natürlich gründlich fortgemausert. Hätten seine früheren bürgerlichen Kandidaturen ihm ein Reichstagsmandat verschafft, wäre diese Mauserung wohl nicht so stürmisch vor sich gegangen. Aber man kennt ja den brennenden Ehrgeiz dieses Mauserungspolitikers: ein Mandat, ein Mandat, ein Königreich für ein Mandat! So schwört er denn jetzt auf dasselbe Erfurter Programm, das er wenige Tage vor seinem Uebertritt zur Sozialdemokratie als dogmatischen Ballast verwarf und verkündet die lange verspotteten dogmatischen „Ueberzeugungen", die ihm endlich das Reichstagsmandat verschaffen sollen. Dr. Breitscheid bestätigt damit das Urteil, das die Unabhängige Düsseldorfer Volkszeitung über ihn gefällt hat, als er 1912 in Düsseldorf bürgerlicher Reichstagskandidat war: „Heute kommen Leute zu uns, die in einer linksliberalen Partei irgendeine Rolle spielten, **diese aber ausgespielt hatten, und nun versuchen, in Arbeiterkreisen weiter zu glänzen."**

Das ist der Heilige der Leipziger Volkszeitung, die alle Anstrengungen gemacht hat, Dr. Breitscheid vom Militärdienst zu reklamieren, damit er seine „grundsätzliche" Politik in ihren Spalten ablagern kann, und die auch mit allen Kräften dazu beiträgt, daß dem glühenden Ehrgeize Dr. Breitscheids, ein Reichstagsmandat zu erlangen, in Niederbarnim endlich die Erfüllung werde.

Wie aber, wenn die Wähler in Niederbarnim Dr. Breitscheid angesichts seiner zweifelhaften Charakterfestigkeit ablehnen und ihn durchfallen lassen sollten? Wie, wenn Herr Dr. Breitscheid dann die Entdeckung machen sollte, daß er auch in der unabhängigen Sozialdemokratie nicht in der Lage ist, sein politisches Ideal zu verwirklichen, und deshalb auch diese Partei nur als eine vorübergehende Station betrachten sollte??

Mit diesem Fall rechnen offenbar die Unabhängigen im Niederbarnimer Wahlkreise und sie haben sich entschlossen, sich gegen eine solche Möglichkeit zu sichern. In einer Wählerversammlung in Niederschönhausen brach noch dem sozialdemokratischen Kandidaten Wissell der unabhängige Reichstagsabgeordnete Büchner in einer eintstündigen Rede eine Lanze für Dr. Breitscheid. Hierbei plauderte er aus, wie wenig Zutrauen die Unabhängigen selbst zu der Führereigenschaft Dr. Breitscheids haben. **Der Herr Kandidat hat nämlich einen Revers unterschreiben müssen, worin er sich verpflichtet, im Falle seiner Wahl jederzeit sein Mandat niederzulegen, wenn seine politischen Anschauungen nicht mehr mit denen seiner Wähler übereinstimmen sollten.**

Das ist jedenfalls eine einzigartige Maßnahme politischer Vorsicht, die aber noch mehr als für Dr. Breitscheid **für die unabhängige Sozialdemokratie bezeichnend ist, die sich bewußt ist, ihren Wählern ein ausgesprochenes politisches Chamäleon zu präsentieren.**

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Eier. Mittwoch, vormittags von 8—12 Uhr Nr. 7001—10500, nachmittag von 2—6 Uhr: Nr. 10501—14000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Stück für 33 Pfennig.

Kaffee-Ersatz-Mittel. Mittwoch, vormittag von 8—12 Uhr: Nr. 21001—33000, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 33001 bis 45500 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person 1/4 Pfund zum Preise von 75 Pfennig.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7.
Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

An unsere auswärtigen und Post-Abonnenten.

Beschwerden über unpünktliches Zustellen der Volksstimme sowohl als auch über Fehlen einzelner Exemplare an der überwiesenen Anzahl sind stets bei dem Postamt des betreffenden Ortes anzumelden.

Beschwerden beim Verlag verzögern nur die Regelung der Angelegenheit, die nur auf postalischem Wege erfolgen kann. Der Verlag der Volksstimme.

Bekanntmachung.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 13. März 1918 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 7 Uhr	Nr. 9351—9500,	um 12 Uhr	Nr. 441— 550,
„ 8 „	„ 1— 110,	„ 1½ „	„ 551— 660,
„ 9 „	„ 111— 220,	„ 2½ „	„ 661— 770,
„ 10 „	„ 221— 330,	„ 3½ „	„ 771— 850.
„ 11 „	„ 331— 440,		

Halle, am 11. März 1918.

Der Magistrat.

Papier
Zeitungen und Bücher 26 M., gew. Papier 18 M.
pr. 100 kg kauft [973
A. Rein, Königsberg 5.
Tel. 2409.

3 Könige Varieté Kl. Klausstr. 7
Im Sturme eroberten
sich die neuen Künstler [959
die Gunst der Besucher.
Neue urkomische Possen.

Dauernd Parteikrieg oder Wiedervereinigung.
Erwägungen und Anregungen zur Krise in der deutschen Sozialdemokratie.
Von R. Drescher.
Preis 20 Pfennig.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Die Internationalität und der Krieg
von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.
Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie
von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstraße 27.

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Saalkreis.

Freitag, den 15. März, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Redakteur Wendemuth über „Die wirtschaftlichen Gegensätze der Großmächte." 2. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreichem Besuche sieht entgegen

Der Vorstand. J. A.: Ad. Thiele.

U.T

Alte Promenade 11a, Fernruf 5738. — Leipziger Straße 88, Fernruf 1224.

Gunnar Tolnaes in: **Die Spur der ersten Liebe.** Das Lebensbild einer Treulosen in 3 Akten.
Irmas Ehekontrakt. Lustspiel in 3 Akten.

Licht und Finsternis. Lebensdrama in 4 Akten.
Hilde Wörner und Leo Peukert in: [972
Baronin Kammerjungfer. Lustspiel in 3 Akten.

Beginn in beiden Theatern 4 Uhr.

Wir bitten, bei allen Einkäufen **unsere Inserenten** berücksichtigen zu wollen!

Neu eingetroffen
Gummisohlen, billigst für Herren und Damen [943
Herren-Absätze, in allen Größen
Damen-Absätze, in allen Größen von 40 Pf. an.
Gummiwaren-Haus Gr. Ulrichstr. 35.

Die Kerle von Flandern.

Ein geschichtlicher Roman von Hendrik Conscience.

Der Roman führt den Leser zurück in die Vergangenheit jenes Gebietes, das die furchtbarsten Kämpfe im Kriege der Gegenwart sieht. Es scheint das Schicksal dieses Bodens, wieder und wieder mit Menschenblut getränkt zu werden. Zahlreiche heftige Fehden, die vor allem um die Freiheit der Bauern gingen, sind hier ausgetragen worden, und von einem dieser Kämpfe, die das trotzige Geschlecht der „Kerle" gegen seine Bedrücker führte, handelt der Roman. Unter der Hand des Verfassers wird die Vergangenheit lebendig; in spannenden, glühenden Bildern, in tragischen persönlichen Schicksalen offenbart sich uns das Schicksal des Landes und, in der Schilderung einer ungewöhnlichen Liebe, auch das weibliche Element, der freiheitsstolzen „Kerlinnen", die lieber sterben als sich dem Gegner verkaufen. Er erscheint in der reichsillustrierten Wochenschrift der Arbeiter:

„In Freien Stunden".

Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68., Lindenstr. 3.

Außer diesem Hauptroman gelangt zum Abdruck eine von Marie Frangos übersetzte Erzählung von Selma Lagerlöf

„Das Mädchen vom Moorhof".

Es ist die Geschichte eines armen, verachteten Mädchens, das zu ihrem eigenen Nachteil den Vater ihres Kindes vor einem Meineid retitet und auch in der Folge Beweise seltener Seelengröße gibt. — Weitere Erzählungen schließen sich an.

Jedes Heft enthält ferner Aufsätze mit Abbildungen aus den verschiedensten Gebieten der Unterhaltung und des Wissens, Geschichte, Anekdoten, Rätsel, Scherze, Ratschläge für Haus u. Küche usw.

„In Freien Stunden" erscheint in wöchentlichen Heften zu 15 Pf. Bestellungen nimmt die Zeitungsträgerin, die Buchhandlung der Volksstimme oder der Verlag Buchhandlung Vorwärts entgegen

Unterzeichneter bestellt hiermit 1 „In Freien Stunden" (Heft 1 ff.)

Genaue Adresse: _____

Unterschrift beim Zeitungsträger oder bei Postbestellung zu übergeben!

Hallescher Hausfrauenbund (E. V.)
Rathausstr. 17 I — Geöffnet täglich von 10—12 Uhr
Kochkisten-Verkauf
(Stück von 6.50 M. an)
und Beratung
Verkauf von **Petroleum-Sparlampen** zum Preise von 15 Pf. das Stück.
Anleitung zur **Herstellung von Hausschuhen.**
Unterrichtsgeld 1 Mark, für Mitglieder 30 Pf.

Die **Fürsorgevermittlungsstelle Halle der Kriegsamtstelle Magdeburg**
sucht und **vermittelt kostenlos**
gute Schlafstellen.
Poststraße 16, Zimmer Nr. 59, II. Tr. r. [500

In Freien Stunden
Wochenschrift voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 15 Pf.
Buchdlg. Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Stadt-Theater
Mittwoch, 13. März 1918
Anfang 7,30 Uhr — Ende 10,30 Uhr
Die Zauberflöte
Oper von Mozart.
Donnerstag: **David.**

Erstlingswäsche zu verk. Meckelstr. 14b, prt., b. Krone.

Als Schneidermeister
empfiehlt sich für alle vorkommenden Arbeiten, wie auch Wenden, Aendern von Herren- u. Damengarderobe.
O. Heimsath & Sohn, Steg 19.

Schuhe und Stiefel
werden bestellt und repariert [900
Burgstraße 48, p. r.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180312-15/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 60. Halle, Dienstag den 12. März 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 12. März 1918.

Goldablieferung und Patriotismus.

Gleich, nachdem vor vier Jahren das gewaltige Verhängnis gekommen war, erging an das Volk die Mahnung: „Gebt Gold für Eisen!" Man glaubte damals an maßgebender Stelle und in weiten Volkskreisen annehmen zu dürfen, daß diese Mahnung einen wenigstens einigermaßen befriedigenden Erfolg haben werde. Die offiziellen Goldaufkaufstellen entstanden, das nationale Sammelwerk begann. Wer aber Gelegenheit hatte oder sich aus Interesse an der Sache bemühte, nähere Einblicke in diese kriegswirtschaftliche Aktion zu gewinnen, der mußte eine für den Patrioten keineswegs erbauliche Erfahrung machen: es waren zumeist Leute her Arbeiterklasse und des Mittelstandes, die ihren geringen, aber für sie auch vielfach wertvollen Besitz an Gold zur Aufkaufstelle brachten. Wie viele sogenannte „gewöhnliche" Leute mögen sich da wohl von so manchem in ethischer Hinsicht für sie wertvollen Stücke getrennt haben!

Und immer wieder ergingen die Aufrufe, Gold und Juwelenbesitz hinzugeben. Und wieder lesen wir jetzt in den Blättern Mahnungen der Goldaufkaufstellen: Wer noch Gold, Perlen, Juwelen habe, der möge sie durch Verkauf dem Vaterland geben, denn „Gold und Juwelen gehören jetzt dem Vaterland!" Und wie so oft schon, wird diese Mahnung auch jetzt wieder begründet mit dem Hinweis auf die schwerwiegende Tatsache: daß das Vaterland Gold zur Deckung für die ausgegebenen Banknoten, die Reichsbank Juwelen und Gold gebraucht, um im neutralen Ausland Rohstoffe und Lebensmittel zu kaufen. Es wird eindringlich gemahnt: „Kein guter Deutscher darf jetzt Gold und Juwelen behalten, weil jeder wissen muß, daß wir beides für unsere Rüstung und zum Durchhalten brauchen. Darum heraus mit dem letzten Golde, mit den Perlen und Juwelen aus den Schränken und Truhen, aus den Stahlfächern der Banken!"

Dieses immer wiederholte Mahnen an die Erfüllung einer vaterländischen Pflicht läßt erkennen, wie es in gewissen und wahrlich nicht kleinen Kreisen der sogenannten „bessern und besten Gesellschaft", die die General- und Erbpächter echt patriotischer Gesinnung sein wollen, mit dieser Gesinnung, mit dem politischen, nationalen Gewissen in Wirklichkeit bestellt ist. Genau so, wie mit dem sozialen Gewissen: schlecht, sehr schlecht! In diesen Gesellschaftskreisen wird noch ein gewaltig großer Gold- und Juwelenbesitz mit einer geradezu brutalen Selbstsucht und Rücksichtslosigkeit gegen das Vaterland festgehalten. Dieser Besitz hat sich nicht etwa vermindert durch freiwillige Abgabe an die Aufkaufstellen, nein, er hat sich außerordentlich vermehrt.

Als im Reichstag die Frage der Kriegsgewinnbesteuerung zur Entscheidung stand, beantragte die sozialdemokratische Fraktion, auch Kunstwerke aller Art, so auch kunstgewerbliche Gegenstände aus Gold und Juwelen, der Besteuerung zu unterwerfen, um der Steuerhinterziehung vorzubeugen. Daß die Ablehnung dieses Antrags durch die Reichstagsmehrheit und Regierung ein unverzeihlicher Fehler war, trat alsbald sehr deutlich in die Erscheinung. Die Kriegsgewinnler, die Kriegswucherer und Gauner verstanden sich sogleich sehr gut darauf, diese Art der gesetzlich geradezu freigegebenen Steuerhinterziehung zu betreiben. Es setzte eine tolle Spekulation mit Gold- und Juwelenwerten ein, ein unerhörter Wucher mit solchen Werten griff Platz, worüber unter anderm die Annoncenspalten über Ankauf von Gold, Perlen, Juwelen belehren konnten. Man konnte sich überzeugen, welch glänzende Geschäfte die Gold- und Juwelenhändler machten. Mit wem? Mit den guten „Patrioten", die müßelos aus Kriegslieferungen, durch Wucher, Betrug und Gaunerei aller Art sich zum schwersten Schaden des Vaterlandes bereichern konnten! Und das alles, während unausgesetzt in dringendster Weise die offizielle Mahnung erging: „Gebt euer Gold dem Vaterland!" Gold und Juwelen liegen übrigens auch nicht nur in Truhen und Schränken, sie werden noch vorsichtiger aufbewahrt in den Schrankfächern der Banken.

Die Regierung hätte schon Mittel, das Gold und die Juwelen dem Vaterland nutzbar zu machen, die Aufrufe und Mahnungen der Goldankaufstellen, die wirklich schon nicht mehr besonders erhaben wirken, wären überflüssig. Das Mittel der Regierung wäre: Beschlagnahme. Beschlagnahme vor allem der Schätze reicher Protzen und kindischer Frauenzimmer.

Sozialdemokratischer Verein für Halle und den Saalkreis

Die für **Mittwoch** nach dem Gewerkschaftshause einberufene

Mitgliederversammlung

ist auf **Freitag verschoben** worden. Die Mitglieder werden gebeten, sich diesen Abend auf alle Fälle frei zu halten. Da ein interessanter Vortrag des Genossen Wendemuth über: Grundlegende Fragen der jetzigen Kriegsereignisse auf der Tagesordnung steht, sind einige angeregte Stunden zu erwarten.

Reaktionäre Hausbesitzer.

Gegen das gleiche Gemeindewahlrecht.

Unter starker Beteiligung hielt Sonntag der Preußische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine im Berliner Lehrervereinshaus eine Verbandstagung ab:

Ueber „Das preußische Wahlrecht zu den Stadtverordnetenverhandlungen" sprachen Landtagsabgeordneter Professor Bredt (Marburg) und Regierungsrat v. Hassell (Berlin.). Beide Redner wandten sich gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts zu den Stadt- und Gemeindevertretungen. Ersterer aus der Erwägung heraus, daß das Gemeindewahlrecht schon jetzt einer Vertretung der verschiedensten Stände Gewähr leiste und zum Beispiel ausschließe, daß etwa zwei Wahlklassen die dritte majorisieren könnten; der zweite Redner aus der Ueberzeugung heraus, daß das gleiche Wahlrecht zu einer Herrschaft der Parteipolitik in den Gemeinden führen würde, die die sachliche Behandlung der Kommunalangelegenheiten schwer benachteiligen würde.

Die beiden Referenten empfahlen eine Entschließung, in der es unter anderem heißt: „Das Wahlrecht in den Gemeinden muß unter Ausschließung aller parteipolitischen Gesichtspunkte den besonderen Bedürfnissen der Gemeindeverwaltung angepaßt werden. Ein gleiches Wahlrecht entspricht den Aufgaben der Gemeinde nicht. Da die Gemeinde vielmehr hauptsächlich nicht politische, sondern überwiegend wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat, muß auch der Einfluß nach den Leistungen bemertet werden."

Die Frage der Schaffung von Hausbesitzerkammern behandelte Professor Dr. Wolff (Halle a. S.) vom wissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Standpunkt aus. Er wies nach, daß die Hausbesitzer, ebenso wie die Landwirtschaft, Industrie usw. eine wirtschaftliche Gewerbekraft darstellen und daher auch ein Recht auf die wirtschaftliche Interessenvertretung in Form von Hausbesitzerkammern haben.

Ueber die Vertretung der Hausbesitzer im Herrenhause referierte Landtagsabgeordneter Conradi (Breslau) und Dr. Seyfart (Berlin). Bei der außerordentlichen Bedeutung des Hausbesitzes für das Wohnungswesen und damit für die Allgemeinheit sei die Forderung auf eine ausreichende Vertretung im Herrenhause vollauf berechtigt. Diese Vertretung müsse auch schon dann gewahrt werden, wenn dem Hausbesitz auch noch nicht die Hausbesitzerkammern zugebilligt würden.

Stadtbaurat a. D. Beuster begründete die Forderung nach einer einheitlichen Behandlung aller Frag, die sich auf das Siedlungs- und Wohnungswesen beziehen, durch Schaffung einer behördlichen Zentralstelle. Am zweckmäßigsten wäre die Errichtung eines eigenen Ministeriums für Siedelungs- und Wohnungswesen. Da aber nach dem Kriege äußerste Sparsamkeit geboten sei, müsse man sich mit der Schaffung einer besonderen Abteilung bei einem Ministerium begnügen. Eine Eingabe, die diese Forderung vertritt, soll der Staatsregierung eingereicht werden.

Zu dem letzten Punkt der Tagesordnung „Die preußische Gesetzgebung zum Wohnungswesen und zur Realpolitikfrage" sprachen Justizrat Dr. Baumert und Generalsekretär Diefte, die eine Reihe von Forderungen aufstellten, die eine Gesundung des Hausbesitzes und die Schaffung von neuen Wohnungsgelegenheiten ermöglichen sollen.

Hierauf trat Schluß der Sitzung ein. Sie wird am Montag fortgesetzt. Dann gelangen die Vorträge zur Diskussion.

---

* **Die Landwirtschaftskammer** macht in bezug auf die Abgabe von Milchvieh durch die Heeresverwaltung bekannt, daß leider weitere Lieferungen nicht zu erwarten sind. Die Heeresverwaltung ist auch nicht annähernd in der Lage gewesen, die zu Anfang in Aussicht gestellte Anzahl der Tiere zum Abtransport zu bringen. Es sind deshalb unserer Provinz anstatt der angebotenen 750 nur 150 Kühe geliefert worden. Leider wurde zu spät bekannt, daß weitere Nachlieferungen nicht erfolgen könnten, so daß die Verteilung dieses ersten Transports von 150 Tieren in der Annahme erfolgt, daß noch weitere 600 folgen würden. Daraus erklärt sich auch, daß der Kreis Merseburg für sich allein 64 Kühe erhalten hat, während viele andere Besteller vollständig leer ausgegangen sind. Die zahlreichen Besteller werden nur auf diesem Wege von der Sachlage in Kenntnis gesetzt.

* **Aenderungen in den Eisenbahnverhältnissen.** Eine kleine Ermäßigung der Schnellzugfahrpreise dürfte der 1. April bringen. Statt der jetzigen Verdoppelung will man, wie berichtet wird, für die 3. Klasse Fahrkarten 2. Klasse ausgeben, für die 2. solche 1., und für die 1. eine Fahrkarte 1. und 2. Klasse. Wie wir hören, ist dies das Ergebnis einer gemeinsamen Beratung. Der Vorschlag liegt jetzt den deutschen Eisenbahnverwaltungen vor. Die Neuerung bedeutet eine Ermäßigung, die nicht erheblich ist. — Im preußischen Abgeordnetenhause teilte Minister von Breitenbach mit, eine Absicht, das System der Klasseneinteilung zu ändern, bestehe nicht. Allerdings sollen in Zukunft die Züge möglichst nur zwei Klassen haben. Die schnellfahrenden Züge werden demnach meist nur Wagen mit erster und zweiter Klasse führen, während für die Eilzüge die zweite und dritte vorgesehen ist. Es besteht ferner die Absicht, die Eilzüge nur noch auf kleineren Strecken verkehren zu lassen, so etwa auf 250 Kilometer. Wo Arbeiterverkehr besteht, sollen die Eilzüge auch dem Arbeiterverkehr dienen, und es soll dann auch dritte und vierte Klasse gefahren werden.

* **Erhöhung der Anwaltsgebühren.** Die Forderung der Anwälte, daß ihre Gebühren eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Erhöhung erfahren, hat in dem am Freitag vom Bundesrat beschlossenen Gesetzentwurf ihre Erfüllung gefunden. Die Gebühren der Anwälte erster Instanz werden danach um drei Zehntel erhöht. Die Gebühren der Berufungsinstanz, die bereits durch das Gesetz vom 22. Mai 1910 eine Erhöhung um drei Zehntel erfahren hatten, werden um weitere zwei Zehntel heraufgesetzt. Die Gebühren der Reichsgerichtsanwälte bleiben unverändert. Gleichzeitig werden die Gerichtskosten bei Gegenständen im Werte von mehr als 300 M., je nach der Höhe des Objekts um drei Zehntel bis fünf Zehntel erhöht, und die Gebühren der Gerichtsvollzieher um drei Zehntel heraufgesetzt. Die Schreibgebühren werden von 20 Pf. auf 40 Pf. für die Seite erhöht.

* **Fahrplanänderung.** Vom Freitag an fallen die Schnellzüge D 157 W Magdeburg—Halle (ab 8,42 Uhr) — Leipzig (an 9,13 Uhr) und D 182 W Leipzig (ab 9,47 Uhr — Halle (ab 10,35 Uhr) — Magdeburg bis auf weiteres fort.

* **Aus der heimischen Industrie.** Die Aktiengesellschaft David Söhne schließt 1917 bei Abschreibungen von 60 000 (i. V. 100 000) M. einschließlich des Vortrages von 249 224 (123 087) M. mit einem Reingewinn von 373 013 (430 641) M. ab, über dessen nähere Verwendung nichts bekannt ist. Für 1916 wurden 8 Prozent Dividende ausgeschüttet. Die Bilanz enthält Waren mit 130 413 (180 461) M., Debitoren einschließlich Bankguthaben mit 1 507 347 (1 461 025) M., Gläubiger sind verschwunden (1826 M.) — Die Hallesche Viehmarktbank beantragt eine Erhöhung des Aktienkapitals.

Hans Dampf in allen Gassen.

11] Erzählung von Heinrich Zschokke.

Mit unsäglicher Mühe arbeitete sich die Ratsdeputation durch das Gewühl der Gaffer zu seinem Hause. Er empfing sie mit herablassender Huld. Der Bürgermeister selbst hatte sich nun an ihre Spitze gestellt und eröffnete seine Rede mit den Worten: „Hoch- und wohlgeborener Herr fürstlicher Hofrat! Leider ist in unserer teuern Vaterstadt wahr geworden, was jener spricht: kein Prophet gilt weniger, als in seinem Vaterlande." Aus diesem Text spann der Konsul nun eine lange Glückwünschungsrede, die sich mit schmeichelnden Komplimenten und Entschuldigungen wegen der gestrigen Uebereilung eines wohlweisen Rates endete. Darauf ward das Schreiben des Fürsten überreicht. Alle Ratsherren weinten Freudentränen. Der potenzierte Staatsdaumeister hielt ihm nun eine vortreffliche Gegenrede, die so lange währte, bis sich das Volk auf den Straßen verlaufen und die Deputation vollkommen aufgehört hatte, Freudentränen zu vergießen. Dann erschien der fürstliche Kutscher und meldete, daß Se. Durchlaucht befohlen, der Hofrat solle noch diesen Abend sich in der Residenz zur Audienz einfinden.

Da war nun nicht zu säumen. Der entzückte Hans Dampf packte ein und saß nach einer Stunde schon in der fürstlichen Kutsche. Eine ungeheure Volksmenge war wieder versammelt, ihn einsteigen zu sehen. Jeder nahm in tiefer Ehrerbietung den Hut oder die Kappe bei dem Anblick des goldverbrämten Kutschers und des bestäubten Reisewagens ab. Denn so stolz auch jeder Lasenburger auf seine republikanische Unabhängigkeit und Freiheit war, und wiewohl auch der ärmste Teufel sich als freier Bürger einem König gleich dünkte, hatte doch jeder Lasenburger immerdar eine geziemende knechtische Ehrfurcht vor allem, was fürstlich war.

Hans Dampf mußte noch den gleichen Abend zu Sr. Durchlaucht. Fürst Nicodemus war ein vortrefflicher Herr, dem nur ein Kaisertum fehlte, um einer der größten Monarchen zu sein; so aber war er nur ein kleiner mit großen Schulden. Zu seinen edelsten Vergnügungen rechnete er, wie billig, die Jagd; und daraus läßt sich erklären, daß an seinem Hofe mehr Hunde als Menschen lebten. Gesellschaften liebte er sonst nicht. Obwohl er eigentlich kein Menschenfeind war, äußerte er doch manchmal in vertrauten Zirkeln, daß er viel darum geben würde, wenn er, mit Ausnahme des Jagdpersonals, alle seine lieben und treuen Untertanen in Hirsche, Rehe, Wildschweine, Hasen, wilde Gänse, Enten, Schnepfen, Rebhühner und dergleichen verwandeln könnte. Er glaubte, sie würden ihm dann mehr Vergnügen machen und Nutzen bringen.

„Hör' er einmal!" redete der Fürst seinen neugeschaffenen Hofrat an, der ihm in untertänigster Untertänigkeit den Rockzipfel küßte: „Ist er's also, der die Hunde sprechen lehren kann? Sieht er hier die Fidele? Schade, daß das arme Tier sich nicht mündlich auszudrücken versteht; aber, auf Ehre, was ich dem Geschöpf sage, begreift es." Darauf befahl Nicodemus dem Hunde auf deutsch, französisch und italienisch allerlei, und der Hund vollzog die Aufträge mit bewunderungswürdiger Pünktlichkeit.

„He, was sagt er dazu?" fragte der Fürst mit freudeglänzenden Augen.

„Wie Ew. Durchlaucht befehlen!" antwortete der Lasenburger.

„Hofft er die Fidele zum Sprechen zu bringen?"

„Wenn man uns beiden Zeit genug läßt —"

„Daran soll es nicht fehlen. Hör er einmal, fange er nur mit dem Deutschen an. Französisch kann nachher vorgenommen werden, wenn das Tier in der Muttersprache hinlängliche Progressen gemacht hat. Er kann hier im Schlosse bei mir logieren. Mein Haushofmeister soll ihm ein Zimmer anweisen. Er muß sich nur erst das Tier recht attachieren, daß es gern bei ihm bleibt. Wenn er seine Sache gut macht, soll er noch schöne Reikompenzie haben. Ich werde von Zeit zu Zeit nachfragen, wie es mit den Lektionen geht. Versteht er auch französisch?"

„Ew. Durchlaucht, zum Unterricht der liebenswürdigen Fidele verstehe ich genug davon; doch wird mir die französische Sprache etwas mühsam zu reden, und zwar bloß wegen eines kleinen Fehlers meiner Zunge. Denn es geschieht zuweilen, daß sie das Wort nicht gleich herausbringen kann, was ich meine."

„Und italienisch?"

„Ew. Durchlaucht, damit habe ich auf Universitäten guten Anfang gemacht, aber das ist leider schon lange her."

„Nun, nun, so laß er's, mon cher."

„Ew. Durchlaucht, ich bitte untertänigst ab, ich habe sie nicht bei mir."

„Was?"

„Die Schere."

„Ei, ei, was Schere? Was macht er da gleich für eine tolle faute?"

Der Hofrat besah sich schamrot die Hände und versteckte dieselben, weil er glaubte, Se. Durchlaucht rede von seiner Pfote.

„Nun, geh' er jetzt nur! Laß er sich sein Logement zeigen und sich brav Wurst aus meiner Küche geben, denn Fidele frißt sie gern. Damit gewinnt er gleich ihr Herz."

Der Hofrat merkte, daß ihm die Tür gewiesen sei, und nahte sich derselben unter vielen Verbeugungen rücklings, weil er nicht wider die Ehrfurcht fehlen und dem Fürsten den Rücken zukehren wollte. Dabei kam ihm aber unvermutet Fidele, ein derber Jagdhund, zwischen die Beine, und er stürzte so ungeschicklich rückwärts zu Boden, daß ihm die Füße im Aufschwung hoch über den Kopf emporfuhren. Hans Dampf ließ einen tiefen Seufzer fahren, der Hund schrie vor Schrecken laut auf, und Nicodemus lachte sich fast krank. „Nun, ihr fangt an, miteinander Bekanntschaft zu machen!" rief der Fürst und der Hofrat lief unter Millionen Abbitten zur Tür hinaus.

Mit Beihilfe der Hofküche hatte sich Hans Dampf die Gewogenheit und das Zutrauen des fürstlichen Leibhundes vollkommen in Zeit von vier Wochen erworben. Von nun an erkundigte sich der Fürst öfters nach dem Gang des Unterrichts. Der schlaue Hofrat bemerkte jedoch Sr. Durchlaucht, daß ein Mensch selbst wohl vier, fünf Jahre gebrauche, ehe er reden lerne, und ein Kind vor Verlauf des ersten Jahres kaum einzelne Silben lallen konnte. Nicodemus fand den Grund sehr vernünftig und mäßigte seine Ungeduld. Hans Dampf aber, dem sein Leben am Hofe sehr behaglich war, ließ sich's wohl sein, und empfand nur dann und wann einige Unruhe, wenn er dem Hunde tausendmal ein und dasselbe Wort gesprochen hatte, und doch keine Frucht davon sah. Der Hund gaffte zwar seinen Lehrmeister aufmerksam an, schien aber zum Nachsprechen der Worte viel zu schüchtern zu sein.

Hans Dampf erinnerte sich zum Glück an einen Spaßmacher, den er unter den Studenten auf der Universität gekannt. Dieser pflegte seinem Pudel zuweilen die Schnauze zusammenzudrücken und ihm durch heimliches Klemmen zum Knurren und Murren zu bringen. Wenn er dann im richtigen Zeitmaß die Hand an der Schnauze ein wenig nachließ, entstand durch das Oeffnen und Zusammendrücken derselben aus dem Rachen des mürrischen Pudels der deutliche Ton Ma Ma. Hans Dampf versuchte das gleiche bei Fidelen, und es gelang ihm über Erwartung. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180312-15/fragment/page=0005

* **Zum städtischen Fischverkauf** wird uns geschrieben: „Die Fischhalle „Nordsee" hatte am Sonnabend einen so großen Vorrat an frischen grünen Heringen, daß wohl manche Hausfrau in der Lage gewesen wäre, am Sonntag ein reiches Mittagessen zu decken. Aber das Staderhärungsamt hat den freien Verkauf unterlagt, und so wurde von dem Geschäft mitgeteilt, daß diese Fische erst am Montag verkauft würden. Ist das aber gesäßlich einwandfrei? Diese Fische, die ohnehin durch Lagerung und Eisbelastung nicht mehr den vollen ursprünglichen Wert haben, verlieren durch jeden weiteren Tag, werden damit aber auch leicht dem Verderben ausgesetzt. Der Preis aber bleibt derselbe. Wenn nun diese Fische auch am Montag nicht auszuverkauft worden sind, was dann? Werden sie dann weiterhin aufgehoben, trotz vielfach gesteigter Minderwertigkeit und Verderbnisgefahr? Und werden sie auch dann noch zu dem jetzigen Preis verkauft?" Die Einwände, die hier erhoben werden, sind zweifellos sehr berechtigt. Aber andererseits sind solche Mängel auch nicht so leicht zu beheben, da gerade bei Fischen die leichte Verderblichkeit der Rationierung widerspricht, eine gleichmäßige Verteilung aber doch durchgeführt werden soll. Deshalb muß auch mit dem Begriff von wärmeren Tagen die Rationierung von selbst aufhören.

* **Kleiderkarten für Offiziere.** Nachdem sich die Bezugsscheinpflicht für die Bekleidung der Zivilbevölkerung als durchaus geeignet für die Streckung der Vorräte erwiesen hat, wird nunmehr auch zu einer Rationierung der noch vorhandenen Uniformen und Uniformstoffe geschritten. Es wird eine Kleiderkarte für Offiziere eingeführt werden. Alle dem Offiziersstande angehörigen Personen erhalten eine solche Karte, in die jede Neuanschaffung eingetragen wird und ohne die kein Bekleidungsstück ausgehändigt werden darf. Der bisherige Bestand an Kleidung braucht nicht angegeben zu werden. Die Versorgung der Unteroffiziere und Mannschaften wird wie bisher geregelt.

* **Die Verwendung der selbstgewonnenen Kaninfelle ist verboten.** Vielfach besteht noch die Auffassung, daß wenigstens die von der eigenen Zucht gewonnenen Felle auch für den eigenen Haushalt zugerichtet und verwendet werden dürfen. Diese Meinung ist falsch. Die Kaninfelle müssen vielmehr ausnahmslos an einen Händler oder an die Sammelstelle eines Kaninchenzuchtvereins abgeliefert werden. Wer hiergegen verstößt, insbesondere die selbst gewonnenen Felle für sich verwendet, macht sich strafbar. Auch die Zuchtbetriebe und Hürschnerbetriebe werden von den maßgebenden Behörden auf Befolgung der bestehenden Vorschriften jetzt streng überwacht.

* **Wucher mit Kerzen.** Amtlich wird bekanntgegeben: „Die Kriegsschmierölgesellschaft hat in Erfahrung gebracht, daß Kerzen anhaltend zu hohen Preisen unter Umgehung der Vorschriften der Bekanntmachung über Mineralöle, Mineralerzeugnisse, Erdwachs und Kerzen vom 18. Januar 1917 in den Handel gebracht werden. Darum wird nochmals auf die §§ 13 und 15 der Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung hingewiesen. Dem Käufer wird empfohlen, sich jeweils von der Richtigkeit der Preise an Hand der Verpackung zu überzeugen. Mit derartigen Bekanntmachungen wird der Wucher nicht beseitigt. Die Leute, die weder Gesicht noch elektrisches haben, bezahlen eben Wucherpreise, weil sie nicht im Dunkeln sitzen wollen und ihre häuslichen Arbeiten nicht verrichten können. Was sollen sie weiter machen, als Kerzen zu jedem Preise kaufen. Wie denken sich die Behörden das Leben solcher Leute, die seit Wochen kein Petroleum bekommen haben? Es werden allerlei Gründe angegeben, die nicht viel Glauben finden und auch keinen Raum erleuchten können. Also zahlt man Wucherpreise für Kerzen.

* **Bitte um Gaben.** Vor einigen Tagen hielt die bereits 41 Jahre bestehende Wohltätigkeits-Vereinigung Hallesche Zigarrenköpfchen-Sammler ihre Sitzung im Ratskeller ab. Bedauerlicherweise mußte dabei hervorgehoben werden, daß die Spenden von Zigarrenköpfchen, Bändern, Kiften, Korken, Kapseln, Staniol und allen Metallteilen jetzt sehr spärlich eingehen, während die Unterstützungsgesuche immer mehr zunehmen. Damen wie Herren werden deshalb gebeten, solche Gegenstände, namentlich Zigarrenköpfchen, die hoch im Preise stehen, recht bald abzuliefern, um aus dem Erlös die Aermsten, durch die Stadtverwaltung dahin geprüft, mit nötigem Schuhwerk, Wäsche usw. zu versorgen. Freigemachte Pakete von außerhalb finden dankbare Verwendung. Außer der Hauptsammelstelle E. Lehmann, Lessingstr. 38, werden noch Spenden dort entgegengenommen, wo sich entsprechende Plakate befinden. Ebenso ist der Leiter dieser Vereinigung, Kaufmann Reinhold Aßmann, Große Ulrichstr. 49, dazu bereit.

* **Betriebsunfall.** In einer Crölmwitzer Fabrik geriet eine Arbeiterin in das Räderwerk einer Rollmaschine. Dabei wurden ihr drei Finger der linken Hand abgerissen, so daß sie nach Anlegung eines Notverbandes der Königlichen Klinik zugeführt werden mußte.

* **Festnahme einer Einbrecherbande.** Dem Wirt des alten Gasthofes in Schkopau und einem dort wohnenden Hilfsgendarmen gelang die Festnahme von vier Einbrechern. Bei der Festnahme entspann sich ein Kampf, wobei die Einbrecher den kürzeren zogen. In einem von ihnen mitgeführten Rucksack fand man sechs geschlachtete Hühner, die in einem Merseburger Hilfslazarett gestohlen waren. Es wurde auch ermittelt, daß die Diebe einer großen Einbrecherbande in Halle angehören, die im ganzen Bezirk bis Mücheln und Sömmerda Einbrüche verübt und die Beute in Halle verkauft hat. Ein Verhafteter wohnt bei seiner Familie in Beesen, der andre bei seinen Eltern in Ammendorf. Es wurde in ihm ein fahnenflüchtiger Soldat ermittelt, der einen Ausweis auf den Namen Faustenberg bei sich hatte. In Frage kommen hier die Papiere eines aus dem Zuchthause entlassenen gewissen Faust. Der Name ist auf dem Ausweispapier gefälscht, sonst stimmen aber die Personalien. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die Bande sich auch mit der Herstellung gefälschter Papiere beschäftigte. Schließlich wurde noch ein dieter Dieb verhaftet, der in den Arbeiterwohnhäusern des Rittergutes eingebrochen war. Alle vier wurden dem Amtsgerichtsgefängnis in Merseburg eingeliefert.

* **Dreister Diebstahl.** Aus den Stallungen eines Schrebergartens an der Tholuckstraße wurde vorige Woche ein Schwein gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet. Die Diebe erfreuten sich aber nicht lange ihrer Beute, denn sie sind bereits ermittelt worden, und der größte Teil des Raubes konte ihnen wieder abgenommen werden.

Die „Ortslöhne" im Saalkreis. Wie unzulänglich die „ortsüblichen Tagelöhne" in der Umgebung von Halle sind, zeigen folgende Ziffern.

Es betragen die bereits im Jahre 1913 festgesetzten, heute noch im Saalkreis gültigen „Ortslöhne": für erwachsene männliche Arbeiter 3 M., für weibliche 1.40 M., für männliche Arbeiter von 16 bis 21 Jahren 2.10 M., für weibliche 1.20 M., für jugendliche männliche Personen von 14 bis 16 Jahren 1.30 M., für weibliche 1 M. Auf die Nachteile, die den Arbeitern aus diesen niedrigen Ansätzen erwachsen, haben wir in unserer Zeitung in letzter Zeit wiederholt hingewiesen. Es muß deshalb auch für den Saalkreis eine Erhöhung der Ortslöhne in die Wege geleitet werden, zu der, wie wir hören, bislang noch keine Anstalten getroffen sind. Die Durchschnittswerte der Sachbezüge haben vom Versicherungsamt für den Saalkreis überhaupt noch keine allgemeine Festsetzung erfahren. Man beschränkt sich nur darauf, in Streitfällen Entscheidungen zu treffen. Mangels solcher behördlichen Feststellungen hat die Ortskrankenkasse für den Saalkreis selbst Sätze festgesetzt, die sie anwendet. Sie rechnet z. B. für völlig freie Station einschließlich Wohnung usw. für ein Dienstmädchen und zwar auch ein erwachsenes 1 M. (eine Mark!) je Tag. Einzelne Leistungen, wie Mittagessen usw. rechnet sie so, daß sie zusammen den gleichen Betrag für den Tag ergeben. Hier sind Aufbesserungen unerläßlich, denn von den niedrigen Ansätzen haben die Versicherten großen Schaden.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater.

Sinfoniekonzert. Das Programm dieses Konzertes wies diesmal keinen Instrumentalsolisten auf, vielmehr gastierte ein Dirigent, Professor Rahlwes. Der Erfolg war, daß die Besuchsstärke sehr zu wünschen übrig ließ, zum erstenmal wohl in dieser Saison. Darin offenbart sich ein starker Gradmesser für das musikalische Verständnis der hiesigen besitzenden Kreise. Denn sie können sich wohl für das Spiel irgendeines Instrumentalsolisten begeistern, die hochqualifizierte Leistung eines Dirigenten aber vermögen sie nicht zu verstehen. Dabei hätte ihnen gerade Professor Rahlwes zeigen können, welche hohe Bedeutung die Dirigententätigkeit besitzt. Da war alles von einer wunderbar schönen Abgeklärtheit und Ruhe, von einer nicht nur technischen Beherrschung der Partitur in allen ihren Einzelheiten, sondern auch von einem tiefen Verstehen des seelischen Inhalts der Werke, dazu beherrscht von einem so starken souveränen und suggestiven Willen, daß die Instrumente selbst der kleinsten Bewegung willig nachgaben, und so eine Wiedergabe erstand, die alles zu einem vollen künstlerischen Genuß werden ließ. Hinzu kam, daß eigentlich auch das Programm allein schon hätte anziehen müssen. Denn nicht nur, daß gleich zwei große Sinfonien gegeben wurden, es waren auch zwei merkwürdig kontrastierende Meister gegenübergestellt: Beethoven und Mendelssohn-Bartholdy. Von Beethoven gab das Orchester die 4. Sinfonie, dazu die Ouvertüre zu „Coriolan", von Mendelssohn-Bartholdy die ebenfalls 4. Sinfonie und die Ouvertüre zum „Märchen von der schönen Melusine", also eine geradezu schulmäßige Gegenüberstellung, sittinnsreichtung. Schwer und gedankenvoll, beinahe tragisch, immer oder in den Tiefen wühlend gibt sich Beethoven, wozu er eine besondere Form geschaffen hat, die in ihrer ebenso großen Echtheit wie auch Schönheit immer wieder hinreißt. Mendelssohn-Bartholdy dagegen ist leichter, freudiger, einfacher auch in den Gedankengängen, dazu von einer Art, die mehr die schöne, wohlgefällige Linie pflegt, und der infolgedessen beruhigt, glättet. Sie gegenüber zu stellen, war jedenfalls interessant, und das gab denn auch diesem Abend noch eine besondere Note. ctw.

Stadttheater. Heute Dienstag kommt „Meine Frau, die Hofschauspielerin" zur Aufführung. Am Mittwoch wird in neuer Einstudierung Mozarts „Zauberflöte" unter der musikalischen Leitung von Oskar von Pander und der Spielleitung von August Roesler gegeben. In den Hauptpartien sind beschäftigt die Damen Dina Mahlendorf, Elisabeth Schwarz und Anna Enghardt sowie die Herren Adolf Harlscher, Georg Westernhagen, Emil Fischer und Adalbert Lieban.

Theater. Erstaufführung von Sebrechts „David". Unter der Spielleitung von Leopold Sachse findet am Donnerstag die Erstaufführung des Schauspiels „David" von Sebrecht statt. Der Dichter hat sein Erscheinen für diesen Abend bestimmt zugesagt. Die Titelrolle spielt Leopold Sachse. Neben ihm sind beschäftigt die Damen Tröger und Biedermann, die Herren Teuscher, Rehbach und Friedrich. Dergesamte Reinertrag der Aufführung fließt dem Nationalen Frauendienst Halle zu. Karten sind an der Vorverkaufskasse des Stadttheaters erhältlich.

Aus der Provinz.

Mittellandkanal-Projekte.

Nachdem unlängst der Ausschuß zur Förderung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals in Hannover mit einer Mehrheit für die Nordlinie stimmte, wird nun die auf der Hannoverschen Tagung bereits erwähnte Denkschrift der „Vereinigung zur Förderung der südlichen" Linie demnächst erscheinen. Sie ist in vielen Sitzungen vorbereitet und betont, daß die wichtigsten Interessen des mitteldeutschen Industriegebietes, aber auch militärwirtschaftliche Gesichtspunkte für eine südliche Linienführung des Mittelland-Kanals sprechen. Die Denkschrift ist ein umfangreiches Druckwerk, in dem das gesamte wirtschaftliche und technische Material zusammengetragen und ausführlich behandelt ist. Die Einleitung behandelt die Pläne der Südlinie, die vergleichenden Untersuchungen der Firma Havestadt und Contag im Jahre 1915, die Geschichte der „Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie", die Bearbeitung der Hauptlinie und die anschließenden Kanäle. Der technische Teil enthält eine Beschreibung der Kanalanlagen. Ein anderes Kapitel behandelt die Wasserversorgung der Kanäle, ein weiteres die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens. Umfangreiche Spezialausführungen beziehen sich auf das Verkehrsgebiet der geplanten Wasserstraßen. Weitere Kapitel-Ueberschriften lauten: „Der Nutzen des Kanals und der ihn versorgenden Talsperren für die allgemeine Landeskultur", „Die militärische und kriegswirtschaftliche Bedeutung der geplanten Wasserstraßen", „Widerstreitende und widerstrebende Interessen", „Nordlinie, Mittellinie, Südlinie?", „Zusammenfassender Rückblick". Der Denkschrift sind technische und volkswirtschaftliche Anlagen und Karten beigegeben.

Wie die Vereinigung der südlichen Linie ausführt, kann schon heute mitgeteilt werden, daß die sehr eingehenden wirtschaftlichen Untersuchungen die Richtigkeit der vom Ministerialdirektor Dr. Sympher in Hannover gemachten Ausführungen bestätigen.

Merseburg. Kommunale Molkerei. Unsere Stadt und der Kreis werden sich an der Errichtung einer Molkerei in Verbindung mit der Molkereigenossenschaft Schaffstädt beteiligen. Die Molkerei soll in dem Gebäude des früheren Elektrizitätswerkes an der Bahnunterführung der Halleschen Straße eingerichtet werden und die Versorgung der Stadt mit Milch und Butter gewährleisten. Die Anlagekosten sind auf 70 000 M. veranschlagt, woran die Molkerei Schaffstädt, die in der hiesigen Molkerei zugleich einen Zweigbetrieb eröffnet, mit 50 000 M. beteiligt ist. Stadt und Kreis beteiligen sich mit je 10 000 M. als einmaligem Bauzuschuß. Die Molkerei muß während der ganzen Dauer der Rationierung, also voraussichtlich auch noch längere Zeit nach dem Kriege, im Betrieb erhalten werden. Aus einem vom Landratsamt zu bestimmenden Bezirk kommt die gesamte Milch zur Verarbeitung in die Merseburger Molkerei, auf deren Erzeugnisse Merseburg in erster Linie Anspruch hat. Damit ist die größtmöglichste Sicherung der Milch- und Fettversorgung erreicht. Die Kreisverwaltung erzielt mit dem Unternehmen den Vorteil, daß erst auf diese Weise eine allgemeine zwangsweise Bewirtschaftung der Milch durchgeführt und dem Schleichhandel entgegengewirkt werden kann. Man hofft auch auf eine erhebliche Steigerung des Milchertrages. Die neue Molkerei wird ihren Betrieb bald eröffnen.

— Zur Eierablieferung. In den Kreisen der Geflügelhalter scheint vielfach die Auffassung verbreitet zu sein, daß die für das alte Wirtschaftsjahr 1917/18 pflichtmäßig abzuliefernden Eier (mindestens 6 Stück für jede Henne), nachdem inzwischen die neue Anordnung des Kreisausschusses vom 22. Februar für das neue Wirtschaftsjahr 1918/19 in Kraft getreten ist, nicht mehr abgegeben zu werden brauchten. Diese Ansicht ist, wie der Magistrat wiederholt betont, unrichtig. Die für das abgelaufene Wirtschaftsjahr noch rückständigen Eier müssen unter allen Umständen gefordert werden.

— Gegen die Leunawerke. Vor dem Bezirksausschuß wurde jetzt über den Antrag der Badischen Anilin- und Sodafabrik verhandelt, ihr das dauernde Recht zu verleihen, die Abwässer der Wohnungskolonie Rössen bei Merseburg, die in einer mechanischen Kläranlage geklärt werden, in die Saale zu leiten. Es lagen sechs Einsprüche vor, von denen aber nur der Magistrat zur Vertretung des seinigen vertreten war. Zur Herbeiführung eines Sachverständigen-Gutachtens der Leunawerke wurde die Beschlußfassung ausgesetzt.

— Gestohlen wurden dieser Tage dem Landwirt Bernhard Hoffmann im nahen Geuse 8 Kaninchen und ein Topf mit 11 Pfund Schweinefett. Als Täter wurde ein jugendlicher Dienstknecht ermittelt, der erst seit 3 Tagen im Dienste des Landwirts stand. Das gestohlene Fett hatte der Bursche bereits an eine hiesige Kaufmannsfrau verkauft. Auch die Kaninchen konnten ihm abgenommen werden.

Weißenfels. Ein Hamstersang im großen gelang der Polizei auf dem Camburger Bahnhof. 32 mit Tragkörben ausgerüstete Frauen aus Weißenfels hatten die Dörfer um Eckartsberga, Buttstädt und Cölleda abgestreift und waren, da man ihren Auszug früh in Rösen beobachtet hatte, über Großheringen nach Camburg gesahren. Hier nahm sie aber die benachrichtigte Polizei in Empfang und bat sie um ihre Namen und den gedächtnisvollen Inhalt ihrer Tragkörbe. Hühner und Kaninchen, Butter und Eier, Kartoffeln und Käse kamen da zum Vorschein. Die guten Sachen wurden unter lautem Protest ihrer Besitzerinnen beschlagnahmt.

— Kleiderdiebstahl. Vor etlichen Tagen sind aus dem Grundstück Jüdenstr. 35 nachstehende Gegenstände gestohlen worden: ein schwarzseidenes Kleid mit Posamentenbesatz und plissierter seidener Falbel, ein blauseidenes Kleid mit Spachteleinsatz, eine weißseidene Bluse, ein schwarzseidener Unterrock und ein schwarzseidener Herrenmackanzug. In Verdacht kommt ein etwa 30jähr. Geschäftsreisender.

Naumburg. Verteilung von Weizenmehl. An jeden Versorgungsberechtigten der Stadt Naumburg soll in den nächsten Tagen ein halbes Pfund Weizenmehl verteilt werden. Die Zuteilung geschieht im Detailverfahren auf die Vorbehaltsmarke G. Die Marken G sind von den Haushaltungsvorständen bis zum 13. März einem Mehlhändler zu übergeben. Der Händler hat über die abgelieferten Marken eine Empfangsbestätigung (in Form einer Marke oder dergleichen mit Firmenstempel) auszuhändigen und die vereinnahmten Vorbehaltsmarken bis zum 14. März 1918, mittags 12 Uhr, aufgeklebt und aufgerechnet der Mehlverteilungsstelle, Rathaus, Zimmer 2, einzureichen. Er erhält dort am 15. März eine Anweisung über Weizenmehl. Der Verkauf erfolgt gegen Rückgabe der Empfangsbestätigungen, die Zeit wird noch bekanntgegeben.

Zeitz. Lebensmittel-Verteilung. In der Zeit vom 11. bis 18. März gelangen zur Verteilung: auf Brotstammkarte (von der die Händler zur Kontrolle das linke Viertel mit Ausdruck „Stadt" abschneiden) ein Ei, Preis 35 Pf.; auf Brotaufstrichkarte (Abschnitt 27) 250 Gramm Marmelade, Preis 45 Pf.; auf Lebensmittelmarke 109 100 Gramm Kartoffelsaupen und 100 Gramm Dörrgemüse, Preis 70 Pf.; auf Lebensmittelmarke 111 250 Gramm Kunsthonig, Preis 38 Pf.

— Der Wasserpreis wird vom 1. April an um 5 Pf. für je 1 cbm Wasser erhöht.

Zeitz. Für eine gerechtere Verteilung der Lebensmittel tritt folgende Zuschrift an ein hiesiges Blatt ein: Hierdurch möchte ich einmal anfragen, warum der Fischverkauf nicht schon lange abgeändert worden ist. Kann denn der Fisch nicht auch bezirksweise und auf Lebensmittelmarken abgegeben werden? So manche Familie würde gerne einmal Fisch essen, ist aber leider verhindert, weil die Frau gezwungen ist, mit auf Arbeit zu gehen. Kommt sie um 12 Uhr nach Hause, so hat sie keine Zeit, sich nach dem Fisch anzustellen. Ein Kind kann man dahin nicht schicken. Das Gleiche ist mit dem Rotzfleisch. Ich denke doch, daß, wo jetzt alles so knapp ist, alles gerecht könnte verteilt werden. Es geht ja mit anderen Sachen auch. Genau so war es mit der Hasenkarte. Warum bekamen so viele nichts darauf, während andere schon lange Hasen erhalten hatten? Wer ist es, die immer etwas haben? Leute, die den ganzen Tag zu Hause sind, und in der Regel sind es immer dieselben Leute.

Bitterfeld. Bei einem Einbruchsdiebstahl in den Vorratskellern des Gasthofes „Zur Eisenbahn" in Muldenstein fielen den Dieben Pökelfleisch, Schnaps, eingemachtes Geflügel und Obst zur Beute. Aus einem Stalle wurden außerdem 4 Hühner und mehrere Kaninchen gestohlen. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Wittenberg. Eine außerordentliche Stadtverordnetensitzung fand am Freitag statt. Sie galt in der Hauptsache dem Abschluß eines Gemüse-Lieferungsvertrages. Der Rittergutsbesitzer Gutknecht (Wackendorf) hat sich bereit erklärt, für die Stadt bis 80 Morgen Land mit Weißkohl zu bestellen. Der Vorlage wurde freudig zugestimmt. Die weitergehenden Wünsche, auch für Mohrrüben und Zwiebeln gleiche Lieferungsverträge abzuschließen, fanden beim Magistrat williges Entgegenkommen. Die Verhandlungen über den Vertrag mit der Siedelungsgesellschaft „Sachsenland" wegen Wasserversorgung wurde in die geheime Sitzung verlegt.

— Herabsetzung der Kirchensteuer. Die vereinigten kirchlichen Körperschaften haben die Herabsetzung der Kirchensteuer von 20 Prozent auf 15 Prozent vom 1. April an beschlossen. Außerdem bleiben künftig auch alle Einkommen bis einschließlich 1200 M. gänzlich kirchensteuerfrei, ebenso die bisherigen Vergünstigungen für die Kriegsteilnehmer bestehen.

— Beschlagnahmt. Bei einer Durchsuchung wurden außer wollenen Decken im Werte von mehreren hundert Mark verschiedenerlei Kleidungsstücke, die offenbar aus Diebstählen herrühren, vorgefunden und beschlagnahmt.

Gewerkschaftliches.

Eine ernste Mahnung

zur Vorsicht und Selbstentsagung richtet der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes an seine Mitglieder. Sie nimmt Bezug auf jene neuerdings in den Metallbetrieben wieder von Hand zu Hand gehenden Flugblätter, die Aufforderungen zur Niederlegung der Arbeit und zum Verlassen der Betriebe enthalten. Wenn unberufene und ungenannte „Führer" die in den Kreisen der Arbeiterschaft vorhandene Mißstimmung benutzten, um an die Kraft und Stärke der organisierten Arbeiter zu appellieren und sie zur Erhebung aufzufordern, so sei zu betonen, daß solche Ratschläge ausschließlich im Interesse unserer Gegner gelegen seien, die den Krieg fortsetzen und Deutschlands Volkswirtschaft dadurch vernichtend treffen wollen. Sie stützen aber auch die Gegner eines Verständigungsfriedens und die Feinde jeder freiheitlichen Entwicklung im Lande selbst. Mit einem Hinweis auf den Gang der Ereignisse in Rußland betont der Vorstand: Nur eitel Finsterkeit kann auch diese Verhältnisse als erstrebenswertes Ziel hinstellen . . . . Folgt eurer eignen Urteilskraft, eurer eigenen Ueberzeugung! Denkt an unsere Volksgenossen im Felde! Vergegenwärtigt euch die Gefahren eurer Brüder, Söhne, Verwandten und Freunde, die dort jeden Augenblick dem Tode ins Antlitz schauen, die härtesten, schwersten Opfer und Entbehrungen auf sich nehmen, um mit ihrer Heimat zugleich auch euch zu schützen.

Aus der Partei.

Die Königsberger Volkszeitung wurde am 5. März vom Königsberger Gouvernement auf drei Tage verboten, weil sie den Burgfrieden durch einen Artikel „Nationalliberale Volksverräter" und durch Aufforderung zum Eintritt in die sozialdemokratische Partei unter Berufung auf die Vaterlandspartei gebrochen haben sollte. Auf Vorstellung des Verlages wurde das Verbot auf einen Tag beschränkt.

Kleines Feuilleton.

Spruchecke. (Amtsdeutsch.) Man lese folgende Bekanntmachung vom 21. Dezember v. J.:

Auf die mit B und C bezeichneten Gutscheine der für die Woche vom 22. bis 28. Dezember 1917 gültigen Brotkarte darf schon vom 24. Dezember, auf die gleichen Gutscheine der für die Woche vom 29. Dezember 1917 bis 4. Januar 1918 gültigen Brotkarte schon am 31. Dezember 1917 Brot abgegeben und entnommen werden.

Ich schlage folgende Fassung vor:

Auf die Gutscheine B und C der 33. und 34. Brotkarte darf schon am Montag Brot abgegeben werden.

Damit ist Zeit und Papier gespart.

Der Bandwurmsatz mit der jedem gesunden Stilgefühl unerträglichen Zerreißung der zusammengehörigen Bestandteile ist echter Papierstil. In lebendiger Rede ist ein solcher Satz unmöglich. Er würde eine geistige Anstrengung kosten, die in umgekehrtem Verhältnis zu seinem Inhalt steht. Erst nachdem man 5 Reihen mit umständlichen Zeitbestimmungen gelesen hat, erfährt man den Kern des Gedankens. Inzwischen hat man das übrige bereits vergessen. Ein Satz soll so gebaut sein, daß sein wesentlicher Inhalt nach einmaligem Lesen erfaßt wird.

Haben denn die Verfasser der Bekanntmachungen so wenig Berührung mit der Bevölkerung, daß sie nicht erfahren, wie schwer verständlich ihre Sprache weiten Kreisen ist? Wer täglich mit verschiedenen Teilen des Volkes zu tun hat, macht immer wieder die Erfahrung, daß viele die Veröffentlichungen einfach nicht verstehen. Und es ist nicht immer die Denkträgheit daran schuld. Wieviel unnütze Wege, wieviel Aerger ist dadurch schon entstanden!

Kurze Sätze! Kein überflüssiges Beiwerk!

Diese Mahnungen müßten in riesigen Buchstaben über jedem Amtsschreibtisch angebracht sein. (Hamb. Schulztg.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180312-15/fragment/page=0006